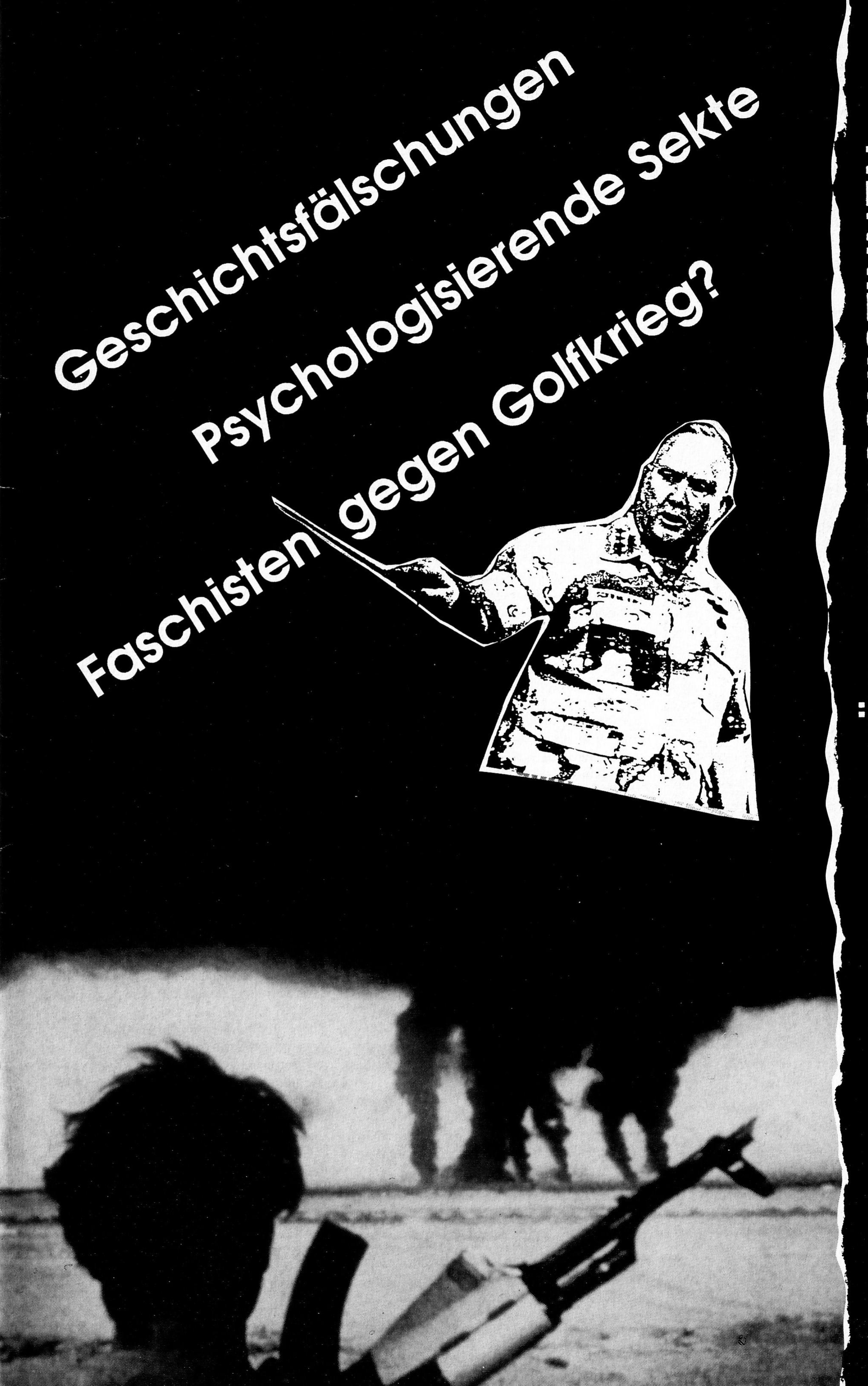
DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

11. Ausgabe
März/April 1991
2,- Mark



Inhalt

Impressum

Der Rechte Rand

Postfach 1324 • 3000 Hannover 1

Postgiro Hannover

Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30

Auflage: 2000

Druck: Eigendruck

Tel. 0511/ 34 10 36

Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp

V.i.S.d.P. Klaus Harbart

HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Aufgrund einiger Probleme in der Erstellung erscheint die elfte Ausgabe des Rechten Randes später als angekündigt. Obwohl mittlerweile die USA und deren Verbündeten die militärischen Handlungen am Golf eingestellt haben, haben wir uns entschlossen, einen Teil der Ausgabe diesem Thema im weitesten Sinne zu widmen. Das Verhalten der extremen Rechten gehört ebenso dazu wie das Auftreten einer obskuren Sekte ("Bund gegen Anpassung") im Rahmen der Friedensbewegung sowie einige Hintergrundinformationen über Ursachen des israelisch-arabischen Konflikts.

Der Bereich der Kurzinformationen ist in diesem Heft umfangreicher geworden, besonders Dank der Unterstützung verschiedener Antifa-Initiativen. Unser besonderer Dank gilt dem Arbeitskreis Antifaschismus Bonn, der sich die Mühe gemacht hat, ein Register der 1989 und 1990 erschienenen Ausgaben des Rechten Randes anzufertigen.

Die nächste Ausgabe des Rechten Randes erscheint Anfang Juni. Redaktionsschluß ist der 10. Mai 1991.

Beilagenhinweis:
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Abonnentenkarte der Zeitschrift KONKRET bei. Wir bitten unsere LeserInnen um freundliche Beachtung.

LeserInnenbriefe

Antifaschistischer Beobachter

"Als kleiner Nachtrag zu Eurer Zeitschriftenschau wollen wir Euch unseren 'Antifaschistischen Beobachter' vorstellen.
Mittlerweile ist bereits der fünfte 'Antifaschistische Beobachter' in Gießen erschienen. Er wird von einer Gruppe junger Menschen erstellt, die in der Neofaschismus-AG der VVN/Bund der Antifaschisten mitarbeiten. Die Zeitung bringt Berichte aus dem neofaschistischen Spektrum, die nicht ausdrücklich einen regionalen Bezug haben. Vielmehr werden Hintergrundberichte über das gesamte rechte Spektrum (Organisationen, Strukturen, Ideologie, Verknüpfungen zu bürgerlichen Parteien, usw.) gebracht, die Informationen liefern und Diskussionen anregen sollen.
Für den nächsten Beobachter sind sowohl Berichte über das Thule-Seminar, und Burschenschaften als auch über aktuelle Entwicklungen im Golfkrieg und Stellungnahme bzw. Positionen von Rechtsextremisten geplant. Buchrezensionen werden in Zukunft regelmäßiger Bestandteil in der Zeitschrift sein, die bisher noch kostenlos an Schulen, Uni und in Kneipen verteilt wird. Interessent Innen können jedoch auch die vier Ausgaben, die pro Jahr erscheinen und einen Umfang von ca. 20 Seiten haben, für DM 10,- abonnieren.(...)
Eine Ausstellung über den Neofaschismus kann jetzt ebenfalls bei der VVN Gießen ausgeliehen werden. 25 Tafeln, die Mitte 1990 erstellt wurden, geben zunächst einen Überblick über die Entwicklung der neofaschistischen Parteien und Strömungen nach 1945.(...)
Im Zentrum der Ausstellung steht die Grauzone zwischen Konservativen und Neofaschisten: Ideologie und Ideologen der Neuen Rechten, das Konzept eines 'Europa der Vaterländer' und propagandistische Publikationen wie 'Nation Europa' werden ebenso beleuchtet, wie Verbindungen zwischen Parteien und rechten Denkfabriken."
Kontaktadresse: Thomas Krug,
Buddestr. 2, 6300 Gießen

Berichtigung:

Auf eine Namensverwechslung in der 10.Ausgabe des Rechten Randes hat uns Peter Kratz aus Bonn aufmerksam gemacht: In dem Artikel "ÖDP als `linkskatholische Sekte´?" wurde fälschlicherweise **Gerhard Bednarski** statt - wie es richtig wäre - **Wolfram Bednarski** als führender Kopf der "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" vorgestellt:
"Der genannte Gerhard Bednarski, inzwischen verstorben, war ab 1947 Gründungsmitglied der `Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft e.V.´ und hier ein enger Vertrauter des SA-Dichters Herbert Böhme. In den 50er Jahren war er im rechtsneutralistischen Bereich aktiv, war Pressereferent des Landesverbandes Niedersachsen des `Bundes der Vertriebenen Deutschlands´... beteiligte sich am `Reichsruf´dem Parteiblatt der `Deutschen Reichs-Partei´, kam schließlich zur `Deutschen Friedens-Union´(DFU), wo er Anfang der 60er Jahre den Listenplatz 1 der niedersächsischen Landesliste einnahm. Mitte der 60er Jahre gründete er die AUD (mit Schenke, Haußleiter, usw.), von der er sich Anfang der 70er trennte. (...)
Sein Sohn Wolfram ist derjenige, den ihr mit dem Vater verwechselt. Wolfram Bednarski kommt aus dem nationalrevolutionären Feld der 68er um Udo W. Reinhardt, war 1984 Unterzeichner der inzwischen berühmten FR-Anzeige `Den Frieden retten - Deutschland vereinen!´, war bei den `Deutschen Unitariern´, ist aber ausgetreten, war bei den `Weißen´, der ÖDP-Niedersachsen und ist jetzt offenbar bei den `Unabhängigen Ökologen´".

Wunsiedel

In letzter Minute erreicht uns ein Schreiben des Antifa Plenum Nürnberg zur Vorbereitung einer möglichen Demo in Wunsiedel August 1991. Kontakt und Informationen über das **Antifa-Plenum, c/o KOMM, Königstr. 93, 8500 Nürnberg 1.**

Peter Schulz-Oberschelp

Nationale Identität gegen US-Universalismus?

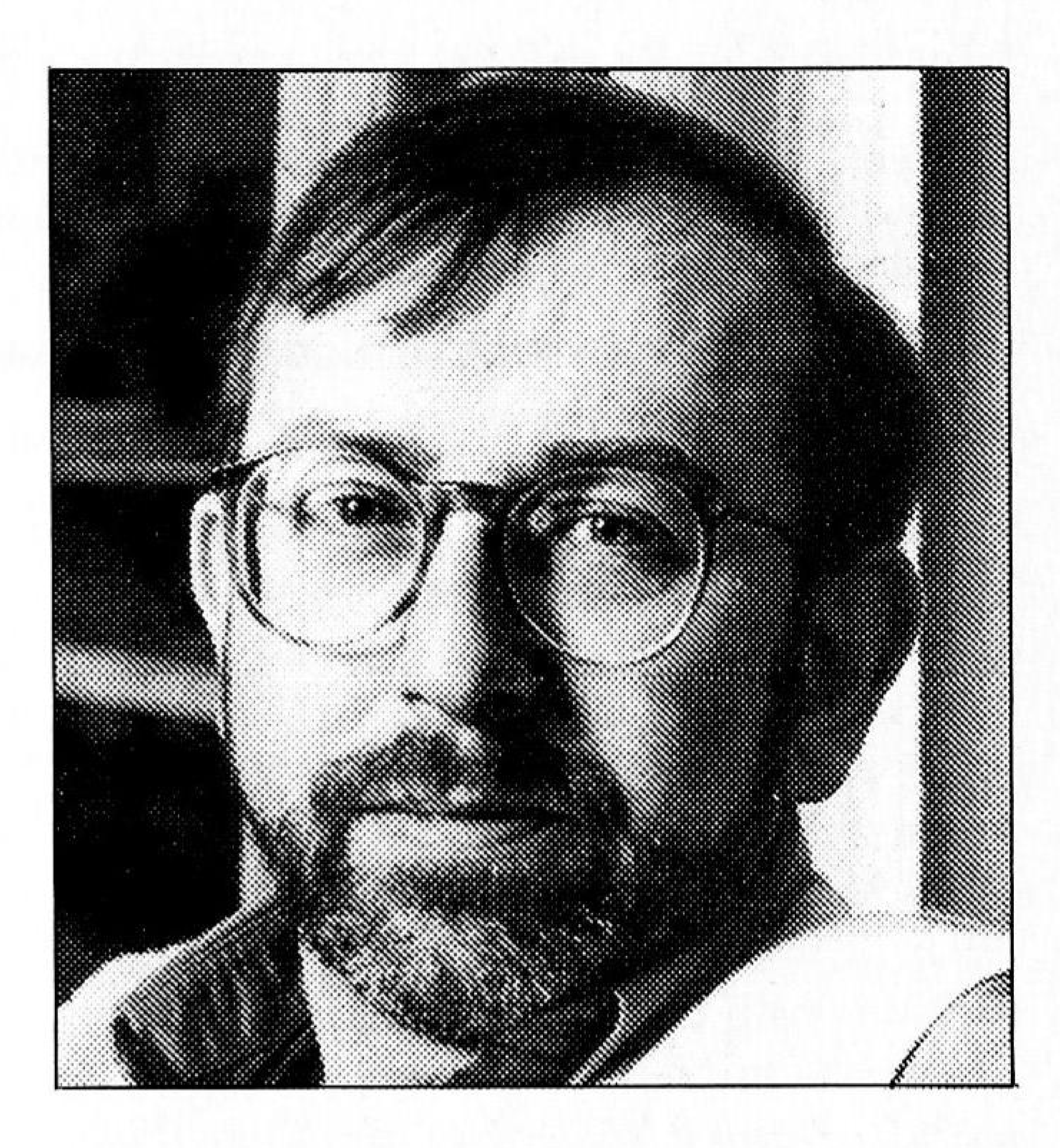
Im Hinblick auf den Golfkrieg scheiden sich die Geister. Während die bürgerliche Rechte für ein Bündnis mit den USA plädierte, um den irakischen "Hitler" Saddam Hussein niederzuringen, verurteilte die Neue Rechte den Krieg als erneuten Versuch, den "american way of life" weltweit zu verbreiten. Der völkische Nationalismus dieser Gruppen läßt keinen noch so kleinen Berührungspunkt mit der neuen Weltordnung der USA zu.

Sind auch die Meinungen geteilt, was das irakische Regime selbst betrifft, eines ist allen klar: Der Anspruch der USA, als Weltpolizist die eigene Lebensform anderen Völker überzustülpen, wird genauso wie der aus diesem Grunde von den USA entfachte Krieg verurteilt. Dabei können bei ausgesprochenen Theoretiker der Neuen Rechten durchaus "linke" Töne mitschwingen. Eine auf völkischer Grundlage aufgebaute Weltordnung verträgt sich nicht mit "UN-Friedensmissionen", wie sie von den USA gepflegt werden.

Es geht, wie **Pierre Krebs** in einem Brief darlegte, um eine "Strategie, die zwischen den universalistischen Ideologien Amerikas und Sowjetrusslands um eine über allen tagespolitischen Gruppierungen liegende deutsche und europäische Identität aufgrund unseres geistigen europäischen und indogermanischen Erbes ringt." Nicht ein für alle gleiches Recht, das auf rationaler Grundlage beruht - mit gleichen Menschenrechten für alle - soll herrschen. Sondern ein Recht, das auf völkischer Grundlage jeweils das Erbe des eigenen Volkes wiederspiegelt.

Kommen solche Thesen auch als neue "Befreiungsstrategien" daher - sie sind alles andere als neu. Sie finden sich bereits in den Schriften der "Konservativen Revolution" aus den zwanziger Jahren in vielen Variationen wieder. So hat besonders **Carl Schmitt** als Staatsrechtslehrer die Grundlagen für ein völkisches Recht und eine aus ihm erwachsende Staatenordnung vor und während des Faschismus erarbeitet. In der im Grabert-Verlag erscheinenden Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" (Ausgabe 4/90) wärmt der Chef der deutschen Auslandspropaganda von 1941 bis 1943, **Heinrich Hunke**, nicht rein zufällig dieses Thema bezüglich einer Neuordnung Europas wieder auf. Nach Hunke ist es dem deutschen Faschismus nicht um die Unterwerfung anderer Völker gegangen. Vielmehr sollte nach einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion der "Großraum" Europa mit dem Deutschen Reich als führender Großmacht an der Spitze errichtet werden. Goebbels erklärte dazu 1943 vor der Auslandpresse, was die Grundlagen des neuen Europas seien: "Die nationalen Individualitäten sollen nicht ausgelöscht werden. Alle Länder Europas sollen gesammelt werden unter dem Schutz starker Großmächte, damit jede Einmischung von außen ferngehalten bleibe." Hunke unterstreicht diese Position und kommt zu dem Schluß, daß die fremden Mächte USA und UdSSR schon immer das Ziel gehabt hätten, sich über Europa zu erheben. Die europäische Identität, hier verstanden als germanische, sollte ausgelöscht werden. Gegen dieses Europa stellt er das Konzept Schmitts, daß einen auf völkischer Grundlage zusammengefaßten Großraum unter der Schutzmacht des Deutschen Reiches bilden sollte. Für Europa erdacht, bleibt dieses Konzept nicht auf Europa beschränkt. Es beinhaltet ebenso die Zusammenfassung der "arabischen Nation" unter Führung einer Schutzmacht, etwa des Irak und das Verbot für andere Nationen, in diesen Großraum zu intervenieren, wie es jetzt die USA taten. Denn eine Intervention der USA habe immer zum Ziel, deren Universalismus einer anderen, völkischen Art (in diesem Falle der arabischen) überzustülpen. Dagegen komme es, wie Schmitt und Goebbels in den 40er Jahren, so Krebs und Hunke heute feststellen, auf die Erhaltung nationaler Individualitäten an. Dies ist das einigende Band der Neuen Rechten in ihrer Kritik am Golfkrieg: Völkische Identität, Zusammenfassung der Völker in Großräume gleichartiger Identität (germanisch, arabisch etc.) unter der Führung einer Schutzmacht, Verbot der Einmischung völkisch verschiedener, insbesondere Universalistischer Mächte wie USA, UdSSR aber auch UN, in diese Großräume. Die Kritik richtet sich folgerichtig gegen die neue Weltordnung der USA, weil sie universalistisch, gleichmacherisch ist.

Dabei ist die Neue Rechte in der Lage, die Doppelzüngigkeit bürgerlicher Politiker auf's Korn zu nehmen. "Der moralische Anspruch, Völkerrecht und UN-Resolutionen mittels Krieg durchsetzen zu wollen, ist pure Heuchelei. Von Tibet bis Palästina gibt es dutzende Fälle, wo UNO-Beschlüsse das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen. Und die 'Demokratie'? Man erinnere sich: Im Ersten Weltkrieg zogen die USA mit der Parole 'hang the Kaiser' auf's Schlachtfeld, um uns die Demokratie zu bringen. Heute ist ihr Kriegsziel, in Kuwait ein feudalistisches Regime zu retten." Das schreibt **Peter Dehoust** in Nation Europa 1/91 im Editorial! Unter der Forderung strikter Neutralität sagt er, worum es gehe: "Bushs 'Neue Weltordnung' ist nicht die des Friedens. Alle Versuche, Völker gleichschalten zu wollen und daran zu hindern, selbst nach ihrer eigenen Vorstellung frei über sich selbst zu bestimmen, werden scheitern. Es wird keine amerikazentrierte Weltordnung geben: 'Wer die Erde als einzige politische Einheit betrachtet, verneint das Wesen der Politik und kehrt zum Zustand des Dauerkrieges zurück' (**Alain de Benoist**). Niemand darf sein Modell anderen aufzwingen wollen."



Alain de Benoist

Das ist nichts weiter als das Großraumkonzept, wobei Benoist nur Schmitts Kritik am Völkerbund wiederholt. Mit der Ächtung des Krieges werde das Wesen der Politik mißachtet. Denn nach Schmitt ist ein Krieg nicht ächtbar, da durch ihn Streitfragen zwischen Staaten, bei der beide "Recht" haben, durch die Machtfrage gelöst werden. Der Krieg ist nur nach bestimmten Kriterien einzugrenzen.

Benoist selbst schreibt in der Jungen Freiheit Februar 1991: "Sie reden von 'Werten', aber sie handeln nur nach ihrem Eigeninteresse: Der Panamakanal, das Öl." Zynisch beschreibt er ein doppeltes Völkerrecht, das schwieg, als der Irak den Iran überfiel, nun aber laut aufheule. Nicht die geringste Sympathie habe er für Saddam Hussein, der die kurdische Bevölkerung vergaste. Aber: "Von Wall Street aus gesehen wiegt der kurdische Märtyrer genausowenig wie das Blut der palästinensischen Kinder auf Schamirs Gewissen lastet oder der Tod Bobby Sands auf dem Gewissen Thatchers. Klar: Die Kurden haben kein Öl." Aber auch Benoist geht es nicht um die Kurden, Bobby Sands oder die Palästinenser - allem "linken" Gerassel zum Trotz. Worum es geht, ist, "ob es nicht besser wäre, anstatt einer Homogenisierung des Planeten durch eine neue amerikazentrierte Weltordnung auf die Geburt eines 'Pluriversums' hinzuarbeiten, großer selbstbezogener Weltregionen und freier Völker. ... Jedesmal ging es um die Legitimierung eines Einmischungsrechts in die Angelegenheiten anderer mittels einer herrschenden Ideologie. Und die angewandte Methode ist immer die gleiche: Der westliche Ethnozentrismus präsentiert seinen Partikularismus als die Stimme des Univer-

Bettelbriefe

...werden Sie von uns keine erhalten. Wir schmücken unser Magazin auch nicht durch mehr oder weniger aufdringliche Zahlungsvordrucke und Überweisungsträger.

Jeder muß wissen, was ihm die NATION wert ist.

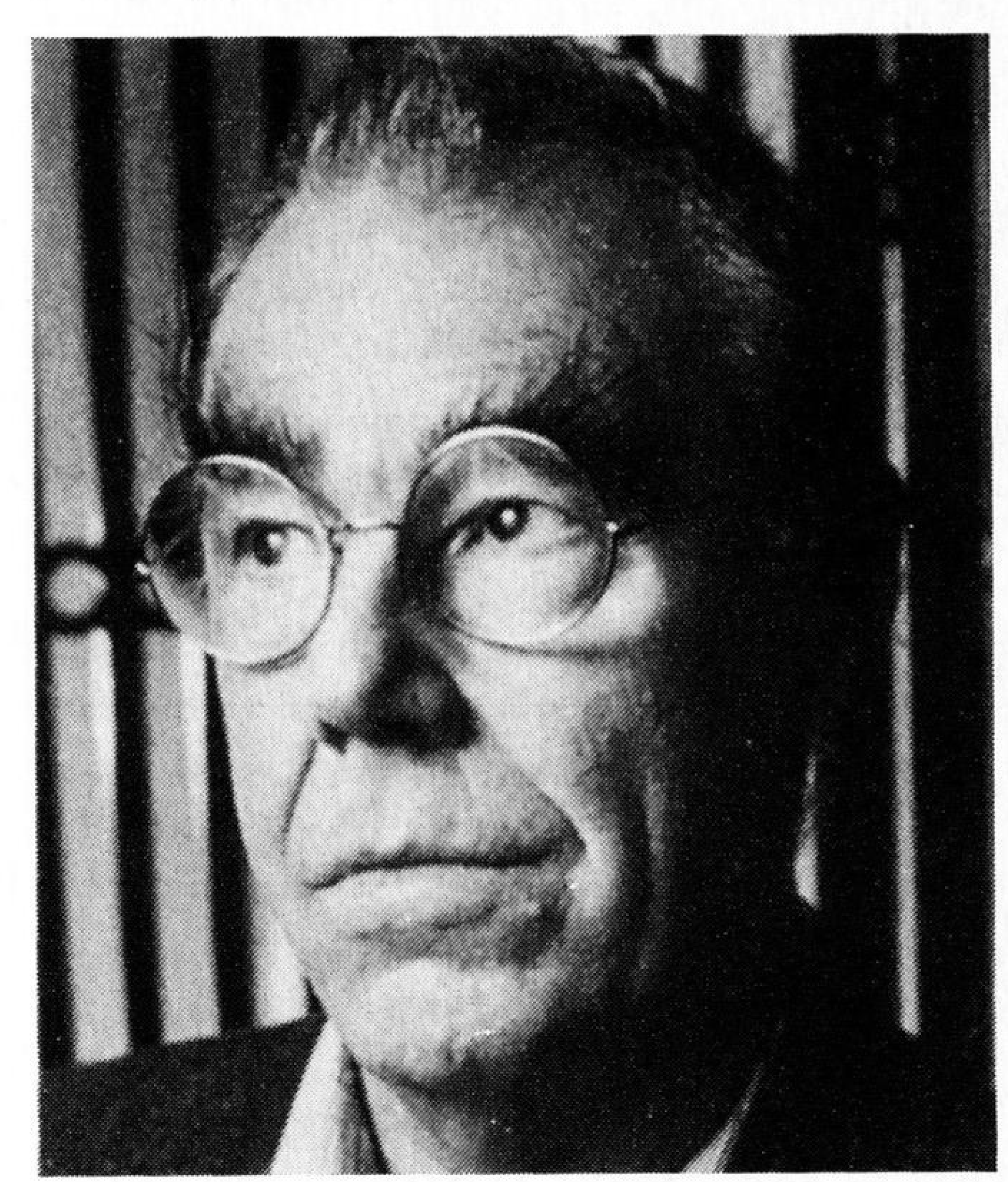
Wir halten nichts von werbepsychologischen Tricks, zum Beispiel dem, mit Superlativen um uns zu werfen. "Das beste", "das größte Magazin".

Um es klar zu machen: Wir bemühen uns, erstens einem "kommunikationswissenschaftlichen" Anspruch gerecht zu werden - nämlich die Tatsächlichkeit in allen ihren Schattierungen abzubilden. Das tun die großen Medien beileibe nicht. Deshalb müssen wir ab und zu ein bißchen nachzeichnen, um die Schattierungen etwas gröber hervortreten zu lassen.

Treten auch Sie aus dem Schatten, den die Systempresse auf uns alle wirft!

Wir bemühen uns zweitens, Ihnen Information zu bieten, Zusammenhänge zu erschließen und - last but not least - Spaß zu machen. Depressive Durchhänger helfen uns Rechten doch nicht weiter.

sellen und schlußfolgert, er dürfe sein Modell anderen aufzwingen."
Es gibt eben keine allgemeinen Menschenrechte! Wenn das irakische Regime die kurdische Bevölkerung vergast, dann findet das nicht die Sympathie von Benoist. Allerdings ist es der "Ausdruck" einer eigenen völkischen Identität der arabischen Nation und da hat sich, außer den Arabern, keiner einzumischen. Da ist es nur konsequent, in keiner rechten Postille einen Satz zu finden, der zur Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung aufruft. Benoist verkleidet die alten Theorien nur geschickter als andere in moderate Worthülsen. Der Ruf nach einem Großraum Europa unter deutscher Vorherrschaft ist allen gleich, und dazu muß der Amerikanismus besiegt werden.
Marcus Bauer tönt da in Europa Vorn knöcherner. "Denn eine an deutschen Interessen orientierte Politik müßte die Courage haben, ... den supranationalen Organisationen und den bisherigen 'Partnern' erst einmal die politische Gefolgschaft demonstrativ aufzukündigen", so schreibt er in Nummer 12 von Europa Vorn und folgert daraus: "Statt sich an neokolonialistischen Strafexpeditionen zu beteiligen, sollte durch den Einsatz für die Überwindung einer völkerfressenden Weltwirtschafts(un)ordnung sowie die Unterstützung aller Bestrebungen der Völker, den eigenen Traditionen und Wurzeln, den eigenen *Fundamenten* entsprechende Lebensformen und -inhalte zu entwickeln, ein wirklich *substantieller* Beitrag zum Frieden geleistet werden, da so die eigentlichen, tieferen Ursachen von Konflikten bekämpft würden."
Fehlt auch Stringenz und Brillanz der vorherigen Argumentation, die Richtung ist dieselbe. Wie ein Leierkasten spult die Rechte in Bezug auch den Golfkrieg ihre immer gleichen Argumente ab: Völkische Identität, keine Gleichmacherei - darum keine allgemeinen Menschenrechte, Einmischungsverbot raumfremder Mächte. Die scheinbar "linken" Töne dienen zum Einsickern in offene Aktionsbündnisse gegen den Krieg. Denn daß sich auch ohne derartiges Beiwerk rechte Politik mit den selben Argumenten gegen den Krieg machen läßt, beweist die Nationale Liste des Kühnen-Kumpan **Christian Worch**.
Unterdrückung und Völkermord spielen bei ihm keine Rolle mehr. Die NL des C. Worch weiß, worum es geht: "Wir Nationalisten sagen "Nein!" zu diesem Krieg! ... Wir wollen den Austritt aus der NATO, um nicht durch die Türken oder sonstwen in einen Krieg hineingezogen zu werden, der unseren nationalen Interessen absolut widerspricht. Wir wollen souverän entscheiden können, wo unsere Hilfe benötigt wird, wer die Freundschaft des deutschen Volkes verdient und wer nicht." (Index Nr. 17, Januar 1991) Dementsprechend heißt es auf dem Titelblatt "Türken raus aus Deutschland! Deutsche raus aus der Türkei!" Die eigene Position ist schnell erklärt: "Wenn die USA vorwiegend die Interessen des multinationalen Kapitalismus (und des Zionismus) vertreten und der Irak vorwiegend die Interessen des arabischen Nationalismus, dann ist unsere Sympathie auf Seiten des Irak." Wo nationale Interessen vertreten werden, da spielen Völker keine Rolle mehr. Die Unterdrückung der Kurden im Irak, ja die Kurden selbst werden nicht erwähnt. Der arabische Nationalstaat als Völkergefängnis, in dem Minderheiten wie bereits im Nationalsozialismus kein Lebensrecht haben, das ist das Programm dieser Leute.
Mit der Floskel vom multinationalen Kapitalismus wird nahtlos an das Konzept der Neuen Rechten von Benoists Europa der Vaterländer angeknüpft. Nationale Identität gegen den amerikanischen Mischmaschkapitalismus also auch hier.
Bleibt noch die Zeitschrift "Mut", die als Bindeglied zwischen Konservatismus und Neofaschismus fungiert. Während der Herausgeber **Wintzek** den Golfkrieg als vom "Irakischen Diktator Hussein heraufbeschworener Krieg" bejammert, zeigt der Pseudolinke **Günther Nenning** den Weg, den es lang gehen soll. In seinem Artikel "Wunderbare Vielfalt der Völker" in Mut 282, Februar 1991 schreibt er: "Der Internationalismus als Einheitsbrei ist tot - aber der Inter-Nationalismus kommt zum Leben, statt der Einen Welt eine Welt aus Nationen. ... Das neue Europa ist ein kleinteiliges Europa der Nationen - aber das kleinste Großdeutschland, das es je gab, wird Vormacht in ganz Europa." Was da als allgemeine Analyse der Gegenwart erscheinen will, soll die Linke endlich auf die "Nation als emotinale Heimat" einstimmen, die "der nötige Unterbau für internationale Solidarität" sei. "Den neuen Nationalismus muß man daran erkennen können, daß er nicht nach neuen Einheits- und Starkstaaten schreit, sondern umgekehrt eine verläßliche Widerstandsbewegung ist gegen zentralistische Superstaatsbulldozer, die die Buntheit und Vielfalt der Völker niederwalzen." Die Nation steht wieder auf der Tagesordnung. Der Großraum Europa ordnet sich neu, mit dem kleinsten Großdeutschland als Vormacht, sozusagen naturnotwendig, schicksalhaft. In dieser Heimat soll sich auch die Linke endlich wohnlich einrichten. "Jetzt stellt sich heraus, daß die bunte Verschiedenheit der Nationen ... auch ein grünes Gegengewicht ist zum megaökonomischen Größenwahn."
Europa neu geordnet in saubere Nationen, Deutschland als Vormacht, die universalistischen USA und UdSSR werden von der Geschichte hinweggefegt. Besser hätte auch Goebbels das neue Europa, das ihm vorschwebte, nicht beschreiben können. Kein Zweifel, Nenning wandelt auf den Spuren eines Carl Schmitt und eines Alain de Benoist. Und der Versuch, Linke und Grüne zu vereinnahmen, ist ebenfalls nicht neu. Neu ist nur, das diese Neurechte Europastrategie in MUT, ausgerechnet zu Beginn des Golfkrieges, diskutiert wird. Von einem Günter Nenning, der seinen Senf über die Nation auch schon vor gut einem Jahr in einem Interview in Frey's Nationalzeitung verbraten hat. Und die macht in Nr. 6/91 fleißig Propaganda für die "reizende Familie Hussein". So schließt sich der Kreis.



Günther Nenning, Ex-Sozialdemokrat:"Ich halte Nationen für den nötigen Wurzelgrund jeder politischen Praxis..."

Quellen:
Willi A. Boelcke: Wollt ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1945, Hersching 1989
Martina Koelschtzky: Die Stimme ihrer Herren. Die Ideologie der Neuen Rechten, Köln 1986
AK Neue Rechte (Hg.): Thule Seminar. Spinne im Netz der Neuen Rechten, Kassel 1990
Friedrich Tomberg: Konservative Wegbereiter des Faschismus, in: Das Argument 87, November 1974

Ingolf Ahlers

Die Reconquista des gelobten und heiligen Landes

Zionismus als Legitimation kolonialer Landnahme

"Es hat niemals ein palästinensische Volk gegeben. Es ist keineswegs so, daß es ein palästinensisches Volk gegeben hätte, das sich als palästinensisches Volk fühlte und daß wir gekommen wären, es hinausgeworfen und ihm sein Land genommen hätten. Ein solches Volk existierte nicht." (Golda Meir im Juni 1969)



Ingolf Ahlers, Politikwissenschaftler an der Universität Hannover

"Passen Sie auf, mein Freund, wenn Sie Palästina anerkennen, zerstören Sie Ihr Recht, in Hachoresh zu leben. Wenn hier Palästina ist und nicht Erez Israel, dann sind Sie Eroberer und nicht Bebauer des Landes. Sie sind Eindringlinge. Wenn hier Palästina ist, dann gehört das Land dem Volk, das hier lebte, bevor Sie gekommen sind. Nur wenn hier Erez Israel ist, haben Sie das Recht in Hachoresh und Degania B zu leben. Wenn das nicht Ihr Land ist, das Land Ihrer Vorfahren und Ihrer Söhne, was machen Sie denn hier? Sie sind in das Land eines anderen Volkes gekommen, wie die es auch behaupten, Sie haben es vertrieben und ihm sein Land genommen." (Mechachim Begin auf einer Diskussionsveranstaltung im Oktober 1969)

"Um die schrittweise Entstehung eines Palästinenserstaates während der Intifada zu verhindern, muß Israel in den Gebieten und in Ostjerusalem eine massive Siedlungskampagne starten. Ihr Ziel ist es, eine palästinensische territoriale Kontinuität zu verhindern und von jüdischen Siedlungen umgebene arabische Enklaven zu schaffen." (Minister und "Haudegen" Ariel Scharon am 29. März 1989)

Plastischer als mit diesen Zitaten ist die Kaltschnäuzigkeit der zionistischen Mentalität als einer Verleugnung und Verdrängung kaum darzustellen. In diesen Aussagen tritt ein Herrschaftsbewußtsein zutage, welches nie einen Anlaß gesehen hat, eine Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung in Palästina in die Wege zu leiten.

Arthur Koestler erzählt in seinen Essays "Promise und Fullfillment, Palestine 1919-1949" folgende kleine Geschichte, welche das israelisch-arabische Verhältnis grell beleuchtet:

"Als ein Bauer zu einem Beamten sagte: 'Was ist das schon, was Ihr mir bietet? Nur 200 Pfund für ein Dunum (=1.000 m²)', antwortete der Beamte: 'Dies ist nicht Dein Land. Es gehört uns. Wir bezahlen Dir Deinen Lohn als Nachtwächter. Du bist nur ein Nachtwächter, Du hast zweitausend Jahre auf unser Land aufgepaßt und wir bezahlen Dir Lohn. Aber das Land gehört uns.'"

Die zitierten Weltbilder und -anschauungen geben Auskunft über die historisch-politische Tatsächlichkeit des Zionismus in seiner Doppelbestimmung als nationale Ideologie und kollektive Mentalität: Die jüdische Bevölkerung des Staates Israel versteht sich wesentlich als zivilisatorischer Vorposten des Westens in einem Meer arabischer Barbarei. Dieser Zivilisationsdünkel schafft auch im Inneren Probleme, weil Israel seit Jahren durch die Einwanderung arabischer Juden einen Prozeß der Orientalisierung durchläuft. Verbunden mit der gegenwärtigen Masseneinwanderung sowjetischer Juden bewirkt die Immigration einen durchgreifenden gesellschaftlichen Orthodoxisierungsschub, wobei der alttestamentarische Wert des auserwählten Volkes politisch zum Überheblichkeitswahn umfunktioniert wird.

Genese und Geschichte des Zionismus sind gleichsam sozio-kulturell codiert durch die historischen Erfahrungen seiner 'Gründerväter' im Westeuropa des "fin de siècle" und im Osteuropa des zaristischen Despotismus. Wie viele nationale Befreiungsbewegungen verleugnete schließlich der Zionismus als die "Idee der jüdischen Staatlichkeit" (Diner) die Rechte der Bevölkerung einer anderen Nation. In seiner Zielsetzung und Beschaffenheit versteht sich Israel als ethnisch-exklusive, also jüdisch-autonome Staatsbildung. Folglich unterliegen schon die israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität einer bewußten Politik sozio-politischer Apartheid als Bürger zweiter Klasse.

Mit Hannah Arendt kann man sagen, daß die extreme "Selbstbezogenheit" des Staates Israel Verhaltensregeln produziert, in der die arabische Wirklichkeit als "ewig unveränderbare Realität" begriffen wird. Die darin zum Ausdruck kommende "Verwechslung von Realismus und Kaltschnäuzigkeit" führt in der Argumentation von Hannah Arendt zu der Feststellung, daß "Palästina weder der Ort (ist), an dem die Juden isoliert leben können, noch ist es das Gelobte Land, wo sie vor dem Antisemitismus sicher wären."

Der kollektive Autismus der Israelis bewirkt stumpfsinnige Legitimationen und politischen Starrsinn: seit nun mehr 24 Jahren werden alle UN-Resolutionen zur Räumung der Westbank, des Golans und von Gaza umstandslos vom Tisch gewischt.

Es ist dieses zweierlei Maß, diese politische Heuchelei, der den Westen bei vielen Menschen in den Ländern der 'Dritten Welt' unglaubwürdig werden läßt.

Die ethnische Exklusivität des Zionismus bewirkte von Anfang an den Ausschluß der in Palästina beheimateten Araber: die vorgefundene Bevölkerung wurde an der Staatsgründung in keinster Weise beteiligt. Ganz im Gegenteil - durch Eroberung, Enteignung und Kauf arabischen Landes erfolgte eine schrittweise Transformation des palästinensischen Bodens in jüdisches Territorium zwecks Ausübung und Vollstreckung hoheitlicher Gewalt. Gewaltförmigkeit ist daher Konstituens israelischer Staatsbildung.

Aber: auch in Palästina bewahrheitet(e) sich - und dies zu benennen ist ein Gebot intellektueller Redlichkeit - das bitter-böse Diktum von Soyinka, Literaturnobelpreisträger aus Nigeria, da die wahren Feinde der Dritt-Welt-Individuen "die ewigen Mittelsmänner in den eigenen Reihen sind", in diesem Falle die arabische Großgrundbesitzer, die berühmt-berüchtigten Effendis.

Bei den 1858 im Rahmen der Tanzimt-Reformen des osmanischen Reiches der Türken durchgeführten Privatisierungen an Grund und Boden ließen die Fellachen ihre Besitz- und Nutzungsrechte durch städtische Kaufleute und die ländlichen Notabeln registrieren, um sich der Kontrolle der türkischen Administration, die man nur als Steuereintreiber und Militärausheber kannte, zu entziehen. Die Effendis, "Großgrundbesitzer privater Natur waren zu einer neuen Klasse avanciert" (Diner). Man kann m.E. die Effendis als Pflanzerbourgeoisie titulieren, die den Boden auch als Spekulationsobjekt ansahen und die überhöhten Preise, die der jüdische Nationalfond aus strategischem Interesse bereit war zu zahlen, voller Freude einstrichen. Als 'absentee landlords' lebten diese Agrarkapitalisten in den Städten.

Während die Fellachen infolge ihrer subsistenzwirtschaftlichen Angewiesenheit am Boden kaum verkauften, fiel diese ökonomische Notwendigkeit bei den Großgrundbesitzern nicht ins Gewicht: 90% des vom jüdischen Nationalfonds gekauften Bodens kam aus den Händen der Effendis, nur 9% von den arabischen Fellachen.

Von zentraler Bedeutung für die Siedlungspolitik waren und sind die Kibbuzim, denn diese kollektiven Siedlungen sind vor allem als Wehrdörfer zur Bewachung und Vertei-



digung der von den Siedlern bearbeiteten Ländereien zu definieren. Überdies sind sie als strategische Stütz- und Ausgangspunkte für eine weitere Besiedlung palästinensischen Landes zu begreifen. Diese Kennzeichnung und Funktionsbestimmung hat auch gerade ihre Berechtigung für die gegenwärtige Siedlungspolitik der israelischen Rechten, als des Likuds unter Führung von Ministerpräsident Schamir: "Mehr Siedlungen sollen errichtet werden. Denn das ist Teil unseres Kampfes gegen die Errichtung eines Palästinenserstaates." (Jitzchak Schamir im Dezember 1988)

Die kollektiven Lebens- und Wohnstrukturen in den jüdischen Siedlungen als Ausdruck sozialistischer Gesinnung hochzustilisieren, ist ideologische Schönfärberei. Die Kibbuzim dienten und dienen in erster Linie der Stärkung der zionistischen Machtpositionen und der territorialen Herrschaftssicherung gegenüber der Mehrheit der arabischen Palästinenser. Besatzungsrecht der Armee und Faustrecht der Siedler ergänzen sich gegenseitig.

Von zentraler Bedeutung war und ist außerdem durch die kollektiv-agrarische Selbstarbeit der Juden eine befürchtete Rückkehr von Arabern als Lohnarbeiter auf den Boden auszuschalten.

Die Ausschaltung arabischer Arbeitskraft durch jüdische Selbstarbeit sollte während der Mandatszeit verhindern, daß sich das System der Lohnarbeit gesamtgesellschaftlich durchsetzte. Doch da den zionistischen Planern und Politikern klar war, daß die Zulassung der Lohnarbeit im Plantagen- und Gewerbesektor unvermeidbar sein würde, griff man auf Formen saisonaler Lohnarbeit zurück.

Bis heute erfolgt die Einbeziehung arabischer Arbeitskraft ausschließlich aus ökonomischen und marktpolitischen Gründen. Gaza ist in diesem Sinne Israels Soweto und die Westbank ein Bantustan. In klassischer kolonialer Manier haben beide Gebiete die Funktion eines geschützten Absatzmarktes und eines Arbeitskräftereservoirs.

Soziale Apartheid und Ghettoisierung bewirken bis heute eine nationale Spaltung des Arbeitsmarktes, wobei arabische Arbeit identisch ist mit unqualifizierter, während jüdische Arbeit identisch ist mit qualifizierter. Von der israelischen Mammutgewerkschaft Histadruth wird diese Arbeitsmarktpolitik vorbehaltlos unterstützt.

Seit der Besetzung von Gaza und der Westbank 1967 betreibt das israelische "Amt für Bodenerhaltung" mit ausgeklügelten Methoden eine systematische Landenteignungspolitik gegenüber den Palästinensern. Von 1967-1977 wurden 1,6 Millionen Dunum Boden in der Westbank als Staats- oder Militärland unter israelische Kontrolle gebracht. Der Katalog der Landenteignungsmaßnahmen ist nichts weiter als staatlich legalisierter Raub. Militärische Beschlagnahmungen stehen an erster Stelle, aber es geht auch weiterhin Schlag auf Schlag:

- Erklärung von nicht registriertem Land zu Staatsland
- Übernahmen des Eigentums von abwesenden Arabern
- Wiederinbesitznahme ehemals jüdischen Bodens.

Die Siedlungspolitik folgt einem klar erkennbaren strategischen Muster. Es werden Siedlungsachsen, Siedlungskeile und Siedlungsringe geschaffen, um die palästinensischen Siedlungsgebiete zu zerschneiden und zu zerstückeln. Städte der Araber werden dadurch z.B. von israelischen Siedlungen eingekreist und vom Hinterland abgeschnitten. Den ländlichen Siedlungen der Palästinenser macht insbesondere die Kontrolle der Wasserzufuhr durch die Besatzungsadministration zu schaffen.

Fazit: Israel betreibt in den eroberten Gebieten keine herkömmliche Besatzungspolitik, sondern übt einen mit Landnahme verbundenen Siedlungskolonialismus aus.

"Es darf nicht den Hauch eines Zweifels geben, daß wir in Judäa und Samaria bleiben. Die Gebiete zwischen den Konzentrationen der Minderheitsbevölkerung und die Gebiete um sie herum müssen besiedelt werden, um die Gefahr der Errichtung eines anderen Arabischen Staates zu minimisieren.

Aufgrund ihrer Isolierung durch jüdische Siedlungen dürfte es der einheimischen Bevölkerung schwerfallen, eine territoriale und politische Zusamengehörigkeit aufrechtzuerhalten"(Matitjahu Drobless, Leiter der Siedlungsabteilung der Jewish Agency im Oktober 1981).

Für die jüdischen Siedler würde folglich eine Dekolonialisierung, also Räumung der besetzten Gebiete, zugleich den Verlust ihrer politischen Vormachtstellung bedeuten. Die israelische Siedler-Gemeinwesen bilden einen Anarchronismus, ein totes Gewicht für jegliche Strategie arabisch-israelischen Ausgleichs, da er einhergeht mit kultureller Vorherrschaft des jüdischen Ethnozentrismus. Dadurch werden jene rassistischen und chauvinistischen Bewußtseinsformen produziert, die den Siedler-Kolonialismus als eine totalitäre Form bürgerlicher Herrschaft kennzeichnen: Verweigerung elementarer Menschenrechte und Vertreibung der palästinensischen Bauern. Infolgedessen offenbart sich im Siedler-Kolonialismus ein doppeltes Gewaltverhältnis.

Die israelische Demokratie bietet allerdings einer kritischen Gegenöfffentlichkeit auch Möglichkeiten sich gegen die Einschränkung rechtsstaatlicher Grundsätze und den Abbau demokratischer Strukturen zu Wehr zu setzen.

Vor allen Dingen gegen die Mißbräuche, die die "Administrativhaft" den staatlichen Behörden gegenüber den Palästinensern ermöglicht, wenden sich die israelischen Menschenrechtsorganisationen. Administrativhaft bedeutet - und das macht das Totalitäre aus - Einbuchtung ohne richterliche Anordnung, ohne Anklage und ohne Urteil.

Geradezu vorsintflutlich, weil jenseits aller Formen politischer Demokratie, ist die praktizierte Sippenhaftung in den Kolonialgebieten; ein Überbleibsel aus der britisch-kolonialen Mandatszeit von 1919-1948. Gängige und besonders beliebte Form der Kollektivbestrafung bilden die Häusersprengungen.

Das kritische Selbstverständniss der israelischen Friedensbewegung und ihre Position im israelisch-arabischen Konflikt benennt der bekannte israelische Schriftsteller Amos Oz illusionslos, realitätsgerecht und reflektiert: "Meine Haltung den Palästinensern gegenüber ist 'make peace not love'. Denn das Gegenteil von Krieg ist nicht Liebe sondern Frieden. Es ist diese westliche Mentalität, die Frieden, Liebe, Brüderlichkeit und Versöhnung vermengt. Ich habe nie an die Liebe zwischen Nationen geglaubt. Ich glaube an gute Nachbarschaft, Vernunft und Fairneß zwischen Nationen. Liebe ist etwas, was manchmal vielleicht zwischen Individuen existieren kann, aber niemals zwischen Nationen".

Sönke Braasch

"Bund gegen Anpassung"

Politisierende Psycho-Sekte

Unter der Parole "Kein Herz für Scheiche - Kein Blut für Öl!" beteiligte sich an den Demonstrationen der Friedensbewegung gegen den Krieg am Golf der wenig bekannte, jedoch überaus obskure "Bund gegen Anpassung". Neben dem Mitführen von Transparenten unter dem obigen Motto fällt der "Bund gegen Anpassung" (BgA) insbesondere durch das massenweise Verteilen von Flugblättern, aber auch durch seine Militanz auf.



Mit "Bismarck hui, Hussein pfui!" überschreibt der "Bund gegen Anpassung" sein erstes Pamphlet zum Golf-Krieg. Hierin vergleichen die AnhängerInnen des BgA die Annexion Kuwaits durch den irakischen Diktator Saddam Hussein mit der "Nation Building" Deutschlands im 19.Jahrhundert: "Findet sich einmal ein leidlich aufgeklärter, freilich kriegerischer bürgerlicher Führer eines Flächenstaates dieser Gegend - in welchem keine Hände abgehackt werden, dafür aber die Geschlechter gleichberechtigt sind, der einmal tut, was Bismarck fünfunddreißigmal tat, dann sollen wir uns ganz schrecklich über diese Missetat gegen ein paar Parasiten empören". Über Hussein urteilt der "Bund": "RÜCKGRAT UND WÜRDE HAT ER.". Angezweifelt werden hingegen die ersten Raketen-Angriffe Iraks gegen Israel: "(...) die äußerst dubiose Israelgeschichte, die möglicherweise nur ein Produkt unserer militärischen Pressezensur, d.h. eine Lüge ist." Angriffe auf Israel werden als legitime und "harmlose Kriegslist" begriffen: "unsere Kriegshetzblätter schämten sich nicht, als angebliche Kriegstote Leute vorzuführen, die durch falsches Aufsetzen einer völlig überflüssigen Gasmaske erstickt waren, sowie vier alte Leute, die in dieser Nacht einen Herzinfarkt erlitten. Mag sein, daß der Knall dabei eine Rolle gespielt hat". Neben dem offensichtlich grenzenlosen Zynismus legen Aussagen wie diese Zeugnis eines mehr oder minder subtilen Antisemitismus ab.

MRI und Ahriman

Die Ursprünge des "Bund gegen Anpassung" liegen in der "Marxistisch-Reichistischen Initiative" (siehe Kasten S. 8). Gegründet wurde diese "Initiative" vom Diplom-Psychologen und ehemaligen Mitglied der SDS-Gruppe Germanistik, **Fritz Erik Hoevels**. Seit den frühen 70er Jahren betätigt sich die Psycho-Sekte MRI an diversen Universitätsstädten. Schwerpunkt und Ausgangspunkt ist Freiburg/Breisgau, wo es 1980, als "Bunte Liste Freiburg" (BuLi) getarnt, gelang, ein Mandat bei den Kommunalwahlen zu gewinnen. Rechtsanwalt **Gottfried Niemitz**, Spezialist in Sachen 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen, i.e. Gotteslästerung), zog für die BuLi in den Freiburger Gemeinderat ein. 1983 wird in Freiburg der Ahriman-Verlag ("Unser Programm ist die Wiederkehr des Verdrängten") gegründet. Der Verlag ist "politisch-organisatorisch und personell weitgehend identisch mit der MRI, einer in Freiburg lokalisierten Sekte mit bundesweiten Ambitionen, die es zumeist vorzieht, sich hinter immer neuen Briefkasten-Namen zu verstecken", so der "ak", "Zeitung des Kommunistischen Bundes". Das Verlagsprogramm umfaßt neben der "Bibel" von Hoevels, "Marxismus, Psychoanalyse, Politik", auch die Periodika "Ketzerbriefe" und "System ubw. Zeitschrift für klassische Psychoanalyse" sowie diverse "Ahriman-Flugschriften" und einige Monographien. Vertrieben werden Zeitschriften und Bücher auch über den linken Buchhandel.

Einer der zahlreichen "Briefkasten-Namen" ist die "Initiative Neue Linke" (INL). Neben Wien und Salzburg ist eine gleichnamige Gruppe in Göttingen -hier als Nachfolgerin des "AK Antiklerikales"- aktiv. Der "AK Antiklerikales" ermöglichte die Kooperation zwischen MRI und der "Internationalen Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude" (IGEL), hinter der eine der zahlreichen Landkommunen der "Aktionsanalytischen Organisation (für bewußte Lebenspraxis)" (AAO) des österreichischen "Sex-Gurus" **Otto Muehl** steckt. Gegen die IGEL-Vorsitzende **Birgit Römermann** ergeht im Sommer 1984 infolge mehr oder weniger spektakulärer Aktivitäten auf dem Göttinger Marktplatz Anzeige. Ihr Prozeß-Verteidiger ist Gottfried Niemitz. Verurteilt wird die damals 27jährige Römermann "wegen Beschimpfung von religiösen Bekenntnissen" zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 400,-, was die antiklerikale Römermann zur Märtyrerin werden läßt.

"Deutschland den Deutschen"

Infolge des Wahlergebnisses der "Republikaner" bei der Berliner Senatswahl vom 29.Januar 1989 entdeckt der "Bund" seine Sympathie für die REP und deren Ideen. Schönhubers Diktum vom "geläuterten Patriotismus" findet Anerkennung, denn in den Ohren der Hoevel'schen JüngerInnen "klingt (es) gar nicht so schlecht. 'Geläutert' heißt ja wohl: ohne Hitlerei und Aggression; also: Europa den Europäern, Vietnam den Vietnamesen, Deutschland (...) den Deutschen". Diktion und Themen der extremen Rechten finden sich auch in dem darauffolgenden sechsseitigen Flugblatt "Offener Brief an alle, die sich überlegen, die 'Republikaner' zu wählen" wieder. Penibel werden die Gemeinsamkeiten zwischen "Bund" und "Republikanern" aufgezählt. Erstens habe man "haargenau die gleichen Feinde", nämlich "Prügelgarden und Plaktabreißer, die von der Justiz gehätschelt und von unseren Steuergeldern gepäppelt werden". Zweitens bestehe eine identische Sichtweise der USA, welche die BRD "übervorteilen und als halbe Kolonie behandeln". Weiterhin heißt es, "wenn Schönhuber sagt, es solle in Zukunft sichergestellt werden, daß sie (die US-Amerikaner; d.A.) für ihre geplanten Eroberungs- oder Stellvertreterkriege, z.B. gegen aufmüpfige Ölstaaten, nicht die Bundeswehr verheizen dürfen (...), dann sind wir ganz ohne



Wenn und Aber auf Eurer Seite." In der "Ablehnung jedes Nationalmasochismus, jeder Erbschuldmystik" liegt die dritte Gemeinsamkeit mit den "Republikanern". Dabei verweist das Flugblatt direkt auf Schönhubers Aschermittwochs-Rede in Cham aus dem Jahre 1989. Schönhuber gilt ihnen als rationaler als der Rest der politischen Parteien. "Rückgrat scheint Ihr uns jedenfalls mehr zu besitzen als die politischen Erbhofbauern und die grünen Retortenbabys der Medien", was denn auch eine weitere Gemeinsamkeit darstelle. Als letzter Punkt wird die übereinstimmende Haltung in der "AusländerInnenfrage" angeführt. So schreibt der BgA verständnisvoll von AnhängerInnen der REP, die lediglich "dem Kapital das Recht absprechen wollen, bei Bedarf an Lohndrückern unglückliche Menschen aus armen Ländern quer durch die Kontinente zu schleudern, um durch die damit erzeugte Konkurrenz Sozialleistungen, Menschenwürde, und Arbeitssolidarität abzubauen und jeden Besitzlosen gegen jeden anderen Besitzlosen zu hetzen". Es sei völlig richtig "zu fordern, daß bei der Vergabe von Arbeitsplätzen in Deutschland Deutsche zu bevorzugen seien". "LASST UNS MITEINANDER REDEN!" ist die nur folgerichtige Konsequenz. Ein weiteres rechtsextremes Ideologem ist die angestrebte "Bevölkerungsreduktion". Ein dreifarbiger Aufkleber des "Ahriman-Verlags" verkündet: "Fünf Milliarden sind **vier** Milliarden zuviel - Bevölkerungsreduktion ist der beste Umweltschutz. Gilt auch für Europa!" "KONKRET"-Herausgeber Hermann L.Gremliza weist im Mai 1988 seine Anzeigenleitung an, eine gleichlautende Anzeige des "Ahriman-Verlags" abzulehnen. "Ich bin der Auffassung, daß dieser Slogan, zynisch oder blind, an eine 'Bevölkerungspolitik' anknüpft, die das menschliche Leben sog. Naturnotwendigkeiten (früher: Gesundheit der Rasse, jetzt: Umweltschutz) unterwirft und sich anmaßt, zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben zu unterscheiden. In die historisch-politische Wirklichkeit übersetzt, heißt das wissenschaftlich klingende 'Bevölkerungsreduktion' immer nur: Genozid, Selektion, Euthanasie."
Feministinnen unterstellt der BgA einen "kleingeistigen, menschenfeindlichen, antiegalitären, d.h eben feministischen Charakter". Die Diffamierung der Frauenbewegung geht so weit, daß Hoevels im Juni 1989 "während eines Streitgesprächs auf 'Radio Z' Teile der Argumentation der Frauenbewegung mit Hitlers 'Mein Kampf'" vergleicht.

Verein zur Aids-Verhütung

Auf Anregung von F. E. Hoevels wird in Frankfurt am Main am 28.September 1985 der "Verein zur Aids-Verhütung e.V." durch einige Mediziner ins Leben gerufen. Dessen Vorstellungen zur "Gesundheitspolitik" dürfen nach einem Urteil des Landgericht Nürnberg-Fürth vom Juni 1986 als faschistisch bezeichnet werden (AZ 505441/86): "Für sich genommen konnte die umfassende Reihenuntersuchung sämtlicher Bundesbürger und die lückenlose Kontrolle der aus dem Ausland einreisenden Personen sowie vor allem die Tätowierung der von der Krankheit Befallenen Erinnerungen an faschistisches Gedankengut wecken. Zumindest muß es den Antragsgegnern freistehen, die vom Antragsteller geforderten Maßnahmen als faschistisch zu werten". Sowohl Landgericht als auch Oberlandesgericht (AZ 6 W 2549/86) stellen dies in einem Prozeß fest, den **Niels Auhagen** -Referent und Gründungsmitglied des "Vereins zur Aids-Verhütung"- gegen die Aids-Hilfe Nürnberg anstrengt und verliert. Vertreten wird Auhagen durch Gottfried Niemitz. Hoevels fordert in der programmatischen Schrift "Tabuthema AIDS-Stop. Zwischen Monogamie-Propaganda und grünem Licht für Virus-Träger" "(...) Virusträger an nur beim Geschlechtsverkehr notwendig sichtbarer Stelle durch Tätowierung zu kennzeichnen". Mit "einer diskreten Tätowierung - etwa durch ein Pluszeichen oder P" soll nach dem Vorschlag Hoevels "der diagnostizierte Virusträger an der Schamhaargrenze oder einer Hinterbacke" gebrandmarkt werden. Dies findet sogleich Beifall aus der rechtsextremistischen Ecke. Beispielsweise zitiert das 1951 gegründete Coburger Monatsblatt "Nation Europa", herausgegeben von **Peter Dehoust**, den "Verein" als nachahmenswertes Beispiel.

Militanz und Dateien

Der "Bund gegen Anpassung" ist bei näherer Betrachtung eine gefährliche politisierende Sekte, die als vorgeblich linke Gruppe eindeutig rechtsextreme Ideologeme zu verbreiten sucht. Mit finanziellem Druck treibt diese Psycho-Sekte ihre JüngerInnen in die Abhängigkeit. Nach Recherchen des Mainzer AStA müssen Mitglieder sämtlichen Privatbesitz der MRI überlassen und mehrere Blankoschecks unterschreiben. Die Einlösung dieser Schecks und damit der finanzielle Ruin wird für den Fall eines Austritts angedroht.
Die öffentlichen Veranstaltungen des "Bundes gegen Anpassung" sind von erschrekkender Realität. Eine Videokamera zeichnet die Veranstaltung und damit auch die ZuhörerInnen auf. Mit Hilfe dieser Videoaufzeichnungen werden KritikerInnen von weiteren Veranstaltungen ferngehalten. Ebenso werden KritikerInnen photographiert und in Dateien erfaßt, "weil es doch klar sei, daß die BuLi mit allen Mitteln gegen die vorgehen werde, die sie vernichten wollen", so die Aussage einer Vertreterin der BuLi. Die Militanz des BgA reicht bis hin zum Einsatz von Tränengas. Am 28.Mai 1989 versuchen zwei Studentinnen aus dem AStA-Umfeld in Mainz, Plakate des BgA abzuhängen. "Auf einmal wurde ich frontal von einem Mann angegriffen, ich wußte nicht wieso und brachte es nicht mit meinem Versuch in Verbindung, das Plakat zu entfernen. Ich wehrte mich. Dann wurde ich von hinten festgehalten, mehrere Personen drängten mich an ein Absperrgitter und hielten mich so fest, daß ich mich nicht mehr bewegen konnte. Dann wurde mein Kopf an den Haaren herumgerissen und ich umgedreht, damit mich ein weiterer Mann photographieren konnte."

Ursprünglicher Name :
Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI), Freiburg
Neuester Name :
Bund gegen Anpassung
Weitere Namen :
Ad-hoc-Komitee Grundrechte in der BRD
Bund zur Verbreitung unbequemer Ansichten
Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten
Initiative Neue Linke (INL), Göttingen, Wien und Salzburg
Bunte Liste (BuLi), Freiburg
Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Freiburg
Gruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung
Internat. Ges. zur Entwicklung der Lebensfreude e.V. (IGEL)
Verein zur AIDS-Verhütung e.V., Frankfurt am Main
Claude-Helvetius-Gesellschaft, Freiburg
Arbeitskreis Antiklerikales, Göttingen
Verlag :
Ahriman-Verlag, Freiburg
Führer :
Dr. Erik Fritz Hoevels
Art der Organisation :
Geschlossene Gruppe
Charakterisierung :
Streng nach außen abgeschottete Kadergruppe, selbstdisziplinierend, sendungsbewußt, missionierend, militant. Leidet an Verfolgungswahn.
Andere Bezeichnung für diese Charakterisierung :
Sekte
Derzeitige Tätigkeit :
Mission in Universitätsstädten
Bekehrung der Friedensbewegung
Derzeitiges Feindbild :
Frauenbewegung
Friedensbewegung
Grüne / Alternative / Linke
HIV-Positive
Katholische Kirche

Quellen:
Flugblätter des BgA
AK Nr.310 vom 06.10.1989
KONKRET Nr.6/88, Juni 1988
"faust. zeitung für hochschulverändernde maßnahmen" Nr.3/89 vom November 1989
Hoevels, Fritz Erik "Tabuthema AIDS-Stop. Zwischen Monogamie-Propaganda und grünem Licht für Virus-Überträger. Gedanken eines Ketzers", Freiburg 1986
"TATblatt minus 77", Nr.2/90, vom 30.01.1990
"Mainzer Unipress. Mainzer StudentInnenzeitung", Sondernummer vom 05.06.1989

Krieg als Lehre aus dem Faschismus?

Geschichtswerkstätten wenden sich gegen Mißbrauch historischer Vergleiche.

In einer Erklärung wandten sich mehrere bundesdeutsche Geschichtswerkstätten gegen den Mißbrauch historischer Vergleiche zur Rechtfertigung des Golfkrieges. Die Gleichsetzung Husseins mit Hitler und die Darstellung des Golfkrieges als Lehre aus dem Faschismus wird darin entschieden zurückgewiesen. In der Erklärung heißt es unter anderem:

"(...)Als HistorikerInnen, die schon lange (und meist vergeblich) `historische Verantwortung´ einklagen, bejahen wir das Existenzrecht des israelischen Volkes - wie auch aller anderen Völker des Nahen Ostens. Wenn aber von der `historischen Verantwortung´ der Deutschen die Rede ist, dann besteht diese vor allem darin, Verhältnisse im eigenen Land zu schaffen, die Rüstungsproduktion und Rüstungsexport unmöglich machen. Eine vollständige Umstellung von Rüstungs- auf Zivilgüter-Produktion ist angesichts der Giftgasexporte und gerade vor dem Hintergrund von Auschwitz die historische Verantwortung Deutschlands.
Die `historische Verantwortung´ der Deutschen für den Mord an den Menschen jüdischen Glaubens kann nicht mit dem Kriegseintritt an der Seite Israels abgegolten werden. Sie besteht vielmehr darin, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, die materielle Wiedergutmachung an alle ZwangsarbeiterInnen zu leisten, sowie Rassismus und Antisemitismus den Boden zu entziehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß die lautesten Befürworter einer vorgeblichen Solidariät mit Israel genau jene sind, die in der Vergangenheit das staatliche Vergessen und einen neuen Nationalismus gefördert haben. (...)
Diejenigen, die den Krieg befürworten, vergleichen Saddam Hussein mit Hitler und die Situation am Golf mit derjenigen vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Damit werden nicht nur Hitler und der Nazi-Faschismus verharmlost, sondern auch dem latenten Wunsch Vorschub geleistet, sich der Verantwortung für die deutsche Geschichte zu entledigen.
Deutschland, so wird suggeriert, erhalte eine `zweite Chance´, sich - diesmal auf der `richtigen´ Seite - zugleich mit dem `Hitler von Bagdad´ das eigene Versagen 1933 - 1945 vom Hals zu schaffen, den `Tyrannenmord´ nachzuholen, zu dem es damals nicht fähig war.

Die Gleichsetzung `Saddam = Hitler´ legitimiert darüber hinaus den Völkermord am irakischen Volk und soll Krieg als das einzig wirksame Mittel der Konfliktlösung erscheinen lassen. Nicht zuletzt richtet sich dieser Vergleich gegen eine der wenigen Konsequenzen, die aus der Erfahrung mit dem Nazi-Faschismus gezogen wurde: Gegen die im Grundgesetz enthaltene Forderung, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe.(...)"

Bundestreffen der Nationalistischen Front

Am 6. April veranstaltet die Nationalistische Front im Großraum Kassel/Eisenach ein erstes Bundestreffen aller Aktivisten durch. Im Rahmen dieses Treffens sind zwei Vorträge eingeplant. Der berüchtigte Hamburger Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** wird über das Thema "Ausländer raus - warum und wie!" referieren und einen 9-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung vorstellen.
Nach einer Kultureinlage durch den 26jährigen Liedermacher **Frank Rennicke**, der auch als Jugendführer der Wiking-Jugend tätig ist, wird der Generalsekretär der Nationalistischen Front, **Meinolf Schönborn**, die Strategie und Taktik der NF darlegen.



NF-Generalsekretär Meinolf Schönborn

Seine Vorstellungen von einer Kaderorganisation stellt er den wahlpolitischen Überlegungen der traditionellen `nationalen Rechten´ unter dem Motto "Nur die Tat gestaltet Geschichte" entgegen. Das Ziel einer solchen Kaderorganisation wird in einem Begleit-Text deutlich: "Eine vorhandene nationalistische Kaderorganisation hätte die von nationaler Begeisterung erfaßten Massen in Leipzig und anderen Städten gezielt durchsetzen, vereinnahmen und schließlich politisch einsetzen können." Deshalb habe auch der "Aufbau einer überregionalen Kaderstruktur klar Vorrang vor wahlpolitischen Experimenten".
In der Einladung zu dem Bundestreffen heißt es, daß die bisherigen Erfolge und die Zeichen der Zeit die NF in eine neue Phase des Kampfes eintreten lassen. Den Aktivisten soll die Möglichkeit gegeben werden, mit klaren Aufgaben die Reihen der NF zu stärken. Bereits in der Vergangenheit sind zahlreiche Mitglieder der Nationalistischen Front, die sich mit dem Nimbus der Konspirativität umgibt, durch militante Aktionen bzw. terroristische Aktivitäten in Erscheinung getreten.

Um in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen, heißt es in der Einladung: "Uniformierung und auffallende Abzeichen jeglicher Art sind ohne Ausnahme verboten! Wir erwarten normale zivile Kleidung und ein absolut diszipliniertes Auftreten."

Kommentar: Öffentliche Schlachten

von Manuela Witzel und Wolfgang Becker

Die Schlacht am Golf hat die fortgeschrittene Verwirrtheit der Mediengesellschaft offenbart. Wurde noch 1939 "ab vier Uhr fünfundvierzig zurückgeschossen", kam der alliierte Überfall auf den Irak zur besten Sendezeit des amerikanischen Fernsehens. Nicht live auf den Bildschirm, aber in staatstragenden Reden für eine Neue Weltordnung.
Waren im Zweiten Weltkrieg Nachrichten über Holocaust, Vernichtung des jüdischen Gettos in Warschau, Zerstörung Dresdens und Hiroshimas dank fehlender Kommunikationstechnik im Sinne der Herrschenden manipulierbar, drängten sich jetzt hunderte von Journalisten via Satellit in die Wohnstuben der Welt. Die meisten von Ihnen sagten viel und gleichzeitig nichts. Die psychologische Kriegsführung funktionierte nahezu perfekt. Freundliches Feuer eben. Viele Freunde sahen müde aus in den letzten Wochen. Die Nächte mit CNN vorm Fernseher verbracht, bedauerten sie tagsüber ihre Hilflosigkeit gegen Bomben auf Bagdad, Bedrohung der Israelis mit deutscher Technologie und den Tod der Kormorane im persischen Golf. Ohnmächtig ertränkten manche ihre Sprachlosigkeit in Öko-Bier. Oder hängten sich mit Leichentüchern aus den Fenstern. "Kein Blut für Öl", oder "Heute schon getankt" waren Ihre größten Sorgen.
Was tun, wenn es brennt? Löschen, Schnauze halten, abtanzen auf dem Vulkan. Zehn Minuten alternatives Schweigen gegen den Krieg, zehn Minuten arbeitsfrei für's Disko-Ausschank-Personal. Still stand nur die Musikbox. Einfachste Fragen wurden mit Zweifeln beantwortet. Insider meinten sich ganz schlau rechtfertigen zu müssen. "Stellt Euch mal vor, uns würde es nicht geben, dann hättet Ihr auch keine Infos und nichts zu diskutieren", so etwa ein typischer Vertreter auf einer Podiumsdiskussion über "Medien und Krieg" in Hannover. Na: "Heute schon gekotzt".
Palästinensische Hoffnungsträger wurden ermordet, Steuern angehoben, "das Reich des Bösen" in der Sowjetunion erneut beschworen, das Ende des Boykotts gegen südafrikanische Apartheid gefordert. Viele waren betroffen, wenige muckten auf, sprachen laut und deutlich. Öffentliche Auseinandersetzung fand im Schatten des großen Krieges kaum statt.
Nachricht und Öffentlichkeit besorgten rund um die Uhr immer die anderen. Sie führten den "Freedom of Information Act" ad absurdum. Gerade in den elektronischen Medien stritten die Unwissenden mit den Cleveren. Seite an Seite für den alliierten Sieg im Äther. Öffentlich-rechtlicher Proporz oder privater Kommerz - die Unterschiede blieben marginal. Die Fünfte Kolonne der veröffentlichten Meinung hat - fünfundvierzig Jahre nach Goebbels - eine weitere Feuerprobe bestanden.

Unitarier

Die "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" mutmaßt, daß möglicherweise der Präsident der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR), **Horst Prem**, an der Entwicklung von Waffen beteiligt war, die die Giftgas-Drohungen gegen Israel ermöglicht haben. "Erschreckend und beschämend" - so die Initiative - "ist in diesem Zusammenhang, daß als Top-Ingenieur bei MBB jemand arbeitet, in dessen Mini-Sekte es bis zum Dezember 1990 Verbindungen bis zu den nazistischen Tätern der Judenvernichtung gibt."

Mit einer Entscheidung des Landgerichts Hamburg vom November 1990 darf die DUR als "Nazi-Sekte" bezeichnet werden. Auf die Herkunft der DUR weist ein Urteil des Landgerichts Bonn hin, nach dem gesagt werden darf, daß die Unitarier-Sekte "aus dem Nazi-Kirchenkampf entstanden" ist.

Zurück zu den Anfängen?

Es ist amtlich: ein Teil der inzwischen vielfach fraktionierten "Grün-Alternativen Liste" (GAL) in Hamburg geht zu den Bürgerschaftswahlen eine Listenverbindung mit der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) ein. Das an den "Realos" ausgerichtete, von der Mutterpartei (noch) nicht als grüner Landesverband anerkannte "Grüne Forum" überläßt der ÖDP dabei die Listenplätze sechs und elf.

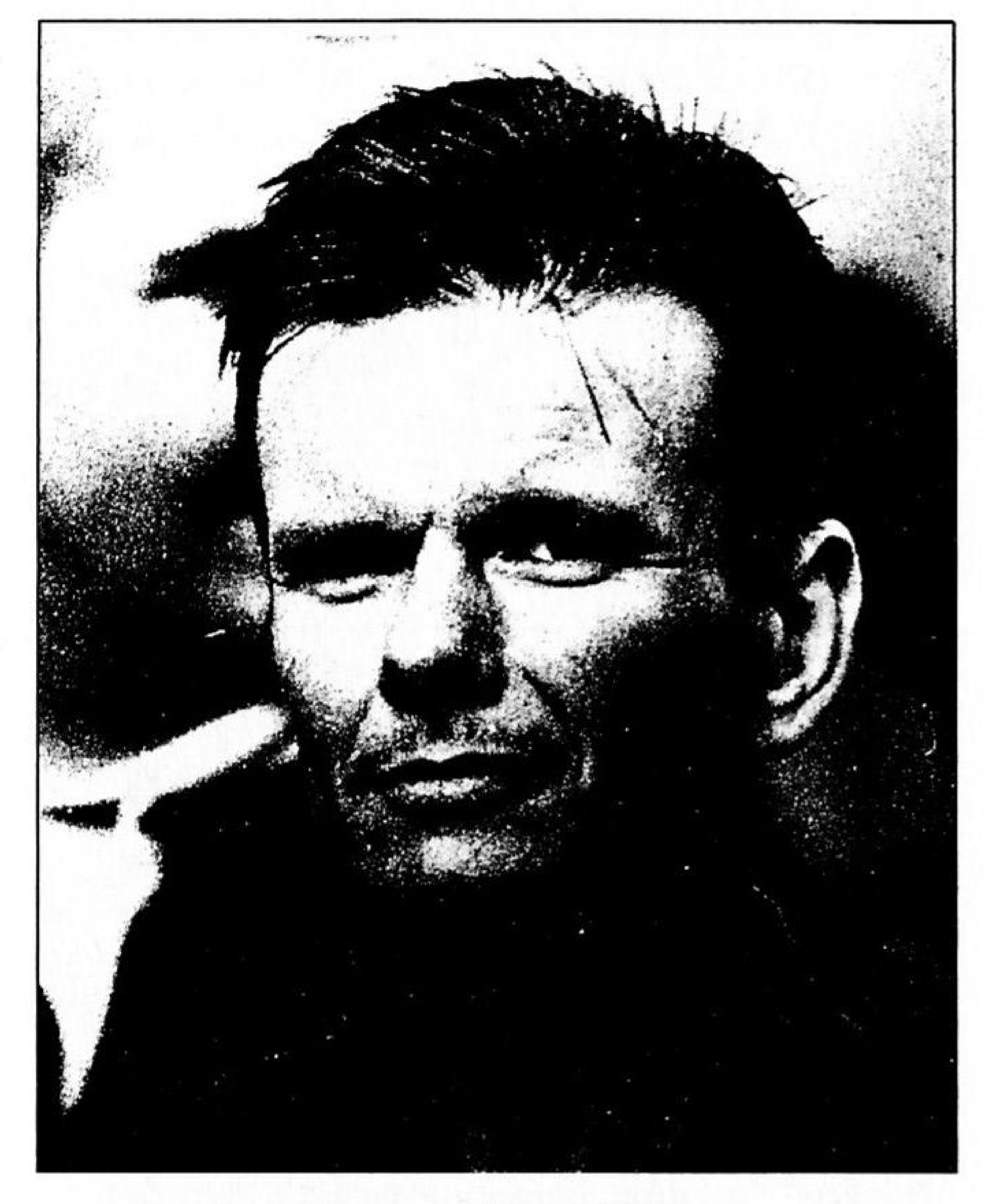
Zwar hat sich die ÖDP auf Bundesebene in den vergangenen zwei Jahren deutlich gewandelt und mit **Herbert Gruhl** auch einen großen Teil der rechtsextremen Programmatik verloren. Die meisten der bekannten nationalrevolutionären und Blut-und-Boden-Aktivisten haben die Partei inzwischen verlassen oder sind zumindest kaltgestellt, mit Ausnahme des Landesverbandes Hamburg.

Hier ist nach wie vor **Michael Matthiesen** Landesvorsitzender. Er wird zur Bürgerschaftswahl auf Listenplatz sechs kandidieren.. Matthiesen wurde 1982 in einer Kampfabstimmung zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hamburger Landesverbandes des "Weltbundes zum Schutze des Lebens" (WSL) gewählt. Am 25. November 1983 rückte er an die Spitze des Landesverbandes bis zu dessen Auflösung im Jahre 1986.

Der Zeitpunkt des Beginns von Matthiesens Funktionärstätigkeit fällt zusammen mit erheblichen innerverbandlichen Auseinandersetzungen im WSL. Eine eher christlich-konservative ausgerichtete Gruppe versuchte damals, die Führung gegen den Widerstand neofaschistischer, völkischer, deutschgläubiger und anthroposophischer Kräfte zu übernehmen. Vehement verlangte besonders der Landesverband Schleswig-Holstein eine Distanzierung von der NS-Zeit. Doch die Präsidentin **Ursula Haverbeck-Wetzel**, meinte, man müsse auch die "Schokoladenseiten" der NS-Zeit sehen.

In Hamburg war es der Landesvorsitzende Karl Wilde, der gemeinsam mit dem inzwischen aus dem WSL ausgetretenen Dr. Klaus Sojka versuchte, den NS-Tendenzen der Verbandsführung um Prof. **Werner Georg Haverbeck**, Usula Haverbeck-Wetzel und dem heutigen WSL-Präsidenten **Ernst Otto Cohrs** (Rotenburg/Wümme) entgegenzusteuern. Vergebens: Die Anhänger der Haverbecks hatten sich auf die Fraktionskämpfe besser vorbereitet. Zu den Einladern eines unabhängig vom Landesverband organisierten Treffens mit Haverbeck im Jahre 1983 gehörte auch Michael Matthiesen. Kurz darauf erfolgte seine Wahl zum Hamburger Landesvorsitzenden.

In der Folgezeit versuchte er mehrfach, trotz Funktionärstätigkeit für die ÖDP, Mitglied der Grünen zu werden. Bei den Realogrünen hat er endlich den erwünschten Anschluß gefunden. Ein Zeichen für die Zukunft?



Reklame für Kühnen

Das Zeitgeist-Magazin WIENER veröffentlicht in seiner neuesten Ausgabe ein Interview mit dem Neonazi **Michael Kühnen**, der unverhohlen Sympathien für den irakischen Diktator Saddam Hussein äußert, da dieser "noch konsequenter als Adolf Hitler" sei. Antisemitismus pur wird vermittelt, wenn Kühnen die USA und Israel als gemeinsame Gegner Husseins und deutscher Neonazis ausmacht: "Ich bin jedesmal positiv angetan, wenn ich die Meldung höre, daß eine irakische Rakete ins Ziel gekommen ist."

Für den Fall, daß "bekennenden Nationalsozialisten die benötigten Spielräume" in der Bundesrepublik nicht gewährt werden, warnt er vor Terrorakten seiner Kumpane: "dann kann man praktisch nichts mehr ausschließen!"

Wohlwissend, daß Kühnen mit seinen Gewaltparolen "seine vielen militanten Bewunderer in der ehemaligen DDR beeindrucken will" druckte Wiener das Propaganda-Interview, weil die Redaktion der Meinung ist, "daß man der Öffentlichkeit die kranken Ansichten dieses Typen nicht verheimlichen darf, angesichts des extrem hohen Zulaufs, den er und andere Rechtsextreme im Gebiet der ehemaligen DDR genießen."

Propaganda statt Aufklärung - Zeitgeist?

"Nationalkongreß" verschoben

Am 23. Februar 1991 sollte in der Bonner Beethovenhalle ein "Deutscher Nationalkongreß - Deutschlands Osten und die Zukunft Europas" stattfinden. Der Initiatorenkreis ist identisch mit dem, der schon am 3. November 1990 in Koblenz einen bis zuletzt geheimgehaltenen Kongreß "Initiative Deutschland '90" mit angeblich 250 Besuchern veranstaltete. Laut nicht bestätigten Gerüchten trafen sich die Rechtsextremisten damals auf einem Bundeswehrgelände in Koblenz. Motoren des ersten Kongreß waren die Zeitungen "Junge Freiheit" aus Stegen, "Wir Selbst" aus Koblenz und "Europa" aus Wesseling. Die Leitung des ersten Kongresses hatte der Wesselinger **Harald Thomas**, der auch Herausgeber der Zeitung "Europa" und Geschäftsführer eines rechtsextremen "Nationaleuropäischen Jugendwerks e.V." ist. Zum Bonner Kongreß wurde unter der Kontaktadresse des antisemitischen Pfarrers **Wolfgang Borowsky** eingeladen. Borowsky war Mitglied der "Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess" und des "Schutzbundes für das deutsche Volk" (SdV).

Die "Bonner Linie" des Polizeipräsidenten Kniesel (Gespräche und Vorbereitungen mit Neonazis - Nachrichtensperre und Hinhaltetaktik gegenüber Antifaschisten) kam diesmal nicht zum Tragen. Wegen der allgemeinpolitischen Weltlage durch den Krieg am Golf und dem besonderen Engagement der Bundesrepublik für Israel, ist ein offener Antisemitismus in Bonn zur Zeit nicht opportun und unerwünscht.

Da ernstzunehmende Auseinandersetzungen nicht auszuschließen waren und die Bonner Polizei auf Grund befürchteter Anschläge alle Kräfte für den verstärkten Objektschutz braucht, wurde der Kongreß auf September verschoben. So jedenfalls die offizielle Version.

Nach Angaben aus Kreisen der Bonner rechten Szene will die FAP im September den Saalschutz besorgen. Weiteren Angaben zufolge will angeblich auch **Thies Christophersen** am Kongreß teilnehmen.

Übertritte zur "Deutschen Allianz"

Die Kölner REP samt ihrer Stadtratsfraktion (**Markus Beisicht, Manfred Rouhs** und **Gabriele Schlaeper**) traten Anfang Februar in **Harald Neubauers** "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte" (DA/VR) ein. Nach internen Machtkämpfen, Wahlschlappen und starken Zerfallserscheinungen sind somit die größten verbliebenen REP-Verbände in NRW (Köln, Aachen und der Erftkreis) fast geschlossen in die neue Rechtspartei übergetreten.

Kurios: Die Versicherungsgesellschaft "Deutsche Allianz" reichte in Köln sofort eine Unterlassungsklage auf den Namen ein. Noch vor anderthalb Jahren waren Leute wie Manfred Rouhs oder Markus Beisicht für **Schönhuber** lebende Vorzeigeobjekte für die "Intellektualisierung" der Partei. Beide waren im Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) in Köln organisiert, der als Keimzelle des stärksten Kreisverbandes der REPs in NRW gilt. Gegründet wurde der RFS am 1.12.80 in Köln. Bis zur Streichung aus der Matrikel, war die neofaschistische Studentenorganisation zeitweilig mit 1 bis 2 Sitzen im Kölner Studentenparlament vertreten.

Als Motor für die neue Partei DA/VR in NRW wird Rouhs Zeitschrift "Europa Vorn" gesehen. Die ersten Flugblätter, die in Köln verteilt wurden, wiesen eine verstärkte nationalrevolutionäre Argumentationsweise auf. Nach der Neugründung erhoffen sich Beisicht und Co. ein erneutes Zusammengehen mit der REP-Abspaltung "Die Bürger". Diese war vorher unter dem Namen DAFIG ("Deutsche Autofahrer Interessengemeinschaft") mit den REP eine Listenverbindung zu den Kölner Kommunalwahlen 1989 eingegangen.
Die DAFIG wurde am 17.9.1988, und die REP-Abspaltung "Die Bürger" am 25.11.89 in Köln gegründet. Führende Funktionäre in beiden rechtsextremen Parteien sind die Ex-REP und momentanen "Die Bürger" Stadträte **Friedrich Ring, Joachim Weier, Manfred Zeise** sowie der Neonazi **Bertram Oertel**. Oertel betreibt nebenbei eine rassistische "Bürgerinitiative für Deutschland" (BRD) und ein Hetzblatt namens "Pro Deutschland".

Neu bei "Europa vorn"

Hans Rustemeyer aus Köln ist mittlerweile als Redaktionsmitglied in **Manfred Rouhs** nationalrevolutionärem Blatt "Europa Vorn" tätig. Bei den Europawahlen 1989 kandidierte er auf der Kölner Liste der ÖDP. Kurze Zeit später war er Mitglied in der "Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Ökologen". Seine neofaschistische Laufbahn begann **Rustemeyer** als Funktionär der "Freien Sozialistische Volkspartei" (FSVP). Mitstreiter waren damals **Erwin Schönborn** und **Alfred E. Manke**. Nach einem Intermezzo in der NPD war er lange Zeit DVU-Funktionär (Propagandaleiter) in Köln. In den 80er Jahren wechselte er zur ÖDP über.

NPD und Militante

Die vielfältigen Beziehungen der sich gern "demokratisch" gebenden NPD zur offen militanten neofaschistischen Szene im Bonner Raum werden kaum mehr kaschiert. Zur Bundestagswahl kandidierte für die NPD im Rhein-Sieg-Kreis **Axel Radloff**, der FAP-Mitglied ist und in Bonn den Flügel um **Michael Kühnen** repräsentiert.
Radloffs Werdegang ist teilweise gut dokumentiert in der Zeitschrift "Tribüne" (Heft 103, 1987,S.7-12) bzw. im Dokumentarfilm "Bock auf Hitler" von Dieter Adler (WDR), wo er ein Interview zum Besten gibt (Military-Fan).
Verbindungsmann zwischen NS-Szene und NPD ist nach wie vor **Kurt Wittkowski** aus Meckenheim-Lüftelberg. Schon in den "Gottwald-Papieren" wird er als solcher erwähnt ("Konkret" Sept. 1983). Mittlerweile ist das FAP-Mitglied auf Grund seiner guten Kontakte zu ausländischen Kameraden und deren Organisationen, zum Auslandsbeauftragten des Flügels um **Friedhelm Busse** avanciert.

Wir danken dem Arbeitskreis Antifaschismus Bonn für die uns zur Verfügung gestellten Meldungen..

Denkfabrik gegründet

Die Deutsch-europäische Studiengesellschaft erstellte bereits im Oktober 1990 in Berlin ein Arbeitspapier, das als Grundlage für eine neugegründete "Denkfabrik Europa der Völker" dienen soll. Ziel ist die Erarbeitung neofaschistischer Konzepte für die Gestaltung eines einheitlichen Europa.
In dem Papier wird das Ende "massengesellschaftlicher Systeme mit materialistischer Zielsetzung in Ost und West" prognostiziert. Gewarnt wird vor einer "biologischen und ökologischen Flutwelle", die aufeinander zulaufen und die Menschheit zu vernichten drohten.
Die Arbeit der "Denkfabrik" soll dazu beitragen, "im Zuge der nun möglich werdenden Einheit Europas auch seine Befreiung vom Ungeist einer naturnegierenden Aufklärung ein(zu)leiten..., welche in säkularisierter Form die naturfeindlichen Inhalte des untergegangenen Alten Abendlandes tradiert." Das Gorbatschowsche Bild vom europäischen Haus aufgreifend, fordert die Denkfabrik eine Hausordnung ein, die die Gleichheit der Menschen, d.h. "die massengesellschaftliche Entwurzelung der Menschen und Völker im Zeichen eines totalitären Egalitarismus radikal beendet."
Sechs verschiedene Werkstätten sollen über Einzelaspekte der eingeforderten "Demokratischen Reformation" diskutieren. Dabei stehen Fragen nach einer Parlaments- und Verfassungsreform (mit einer "Nationalen Volksorganisation als Träger des überparteilichen Gemeinwillens"), der Kulturbefreiung , der Gesellschaftsreform (zur Neudefinition von Aufgaben von Verbänden und Gewerkschaften), der Wirtschaftsrefom (zur Entwicklung eines "marktwirtschaftlichen Systems sozialer und nationaler Sicherung mit ökologischer Regelung"), der Wehrreform (zur "multinationalen Sicherung der durch die alte Weltwirtschaftsordnung bedrohten Weltressourcren") und der `neuen Weltwirtschaft´ im Vordergrund.

Polacek-Prozeß geplatzt

Der Prozeß gegen den im südniedersächsischen Mackenrode ansässigen FAP-Landesvorsitzenden **Karl Polacek** ist vorerst ausgesetzt worden. Der Rechtsanwalt des Neonazis, der "Republikaner"-Funktionär **Klaus Kunze** legte am 28. März sein Mandat nieder, weil er angeblich um sein Leben fürchtet.
In Wahrheit dürfte aber die eigene politische Karriere für diese Entscheidung ausschlaggebend gewesen sein. Kunze, Verteidiger bekannter Neofaschisten, wie z.B. des NPD-Funktionärs Hans-Michael Fiedler, fürchtet angesichts der aggressiven Ausfälle des 56jährigen Polacek offensichtlich um seinen Ruf. Auf diesen Umstand weist der FAP-Chef ebenfalls hin, wenn er vermutet, daß Kunze auf Anweisung "von oben" (sprich REP-Zentrale) gehandelt habe. Polacek selbst gefällt sich jedoch in der Rolle des Märtyrers und plädierte für eine Fortsetzung des Prozesses, da es bei der Inquisition früher auch keine Verteidiger gegeben habe. Angesichts der Schwere des Falles setzte der Richter in Übereinstimmung mit den Anwälten der Nebenklage und des Staatsanwaltes den Prozeß jedoch aus.
Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens hat der niedersächsische Innenminister das angekündigte Ausweisungs-Verfahren gegen den aus Österreich stammenden Polacek eingeleitet.
Rechtsanwalt Klaus Kunze, ehemaliges Mitglied des neofaschistischen "Ringes freiheitlicher Studenten" wird allerdings auch in naher Zukunft als Vertreter rechtsextremer Straftäter arbeiten. Zwei Polacek-Zöglinge, der FAP-Funktionär **Thorsten Heise** (siehe S. 15) und **Oliver Simon** (siehe Der Rechte Rand Nr. 10) haben sich unter seine schützenden Fittiche begeben.

Versäumnisse der Nachkriegsjahre?

Im Februar teilte der Hamburger Justizsenator Wolfgang Curilla mit, daß in der Hansestadt von 1946 bis 1990 rund 3500 Ermittlungsverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen eingeleitet worden seien. Doch nur in zehn Prozent der Fälle wurde tatsächlich Anklage erhoben. Diese unzureichende Verfolgung von NS-Verbrechen lastete der Justizsenator den Versäumnissen der ersten Nachkriegsjahre an, die heute nicht mehr aufzuholen seien.
"Die Verlautbarung des Justizsenators ist nur halb wahr", antwortet darauf die Hamburger Rechtsanwältin Barbara Hüsing. In einer Presseerklärung schreibt sie: "Nach einer Anklageerhebung erfolgt die Prüfung der Eröffnung des Hauptverfahrens und dann erst der Prozeß selbst. Curilla gibt mit seinen Zahlen nicht an, wieviele Verfahren gegen Nazi-Verbrecher gar nicht erst eröffnet worden sind."
Symptomatisch für die Vorgehensweise der bundesdeutschen Justiz sei der Fall des ehemaligen SS-Obersturmführers **Strippel**. 1979 wurde von der Hamburger Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben wegen Mordes an 24 Erwachsenen und zwanzig kleinen jüdischen Kindern, die am 20. April 1945 in der Schule am Bullenhuser Damm aufgehängt wurden. Das Schwurgericht brauchte fast vier Jahre, um die Möglichkeit für die Eröffnung des Hauptverfahrens zu prüfen. Weil Strippel mittlerweile nicht mehr verhandlungsfähig sei - der zur Tatzeit 33-jährige wurde 1987 75 Jahre alt, wurde am 27. April 1987 die Eröffnung des Hauptverfahrens endgültig abgelehnt.
"Als Anwältin der Angehörigen der ermordeten Kinder kann ich diese Arbeitsweise der Justiz nicht mit Versäumnissen aus der Nachkriegszeit erklären", betont Barbara Hüsing. "Die bundesdeutsche Justiz hat die Nazi-Verbrecher viel zu lange in Ruhe gelassen. Die deutsche moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern des Holocaust besteht nicht nur darin, Giftgaslieferungen zu verbieten, sondern auch in der ernsthaften Verfolgung von Nazi-Verbrechern. Dies ist auch in der jüngsten Vergangenheit nicht geschehen.

Hein Brand

Keine Antwort ist auch eine Antwort!

Detlef Kühn, bis zu seinem Wechsel zu "Radio Sachsen" Präsident des "Gesamtdeutschen Instituts" in Bonn, hatte eine Rede gehalten. Keine aufsehenerregende Rede: revanchistisch, aber nicht zu sehr abseits vom Regierungskurs. Schließlich ist Kühn Beamter und zudem Mitglied der FDP. Aufsehen erregte der Anlaß der Rede: Drei der führenden Zeitschriften der "neuen" Rechten in der Bundesrepublik, nämlich die "Junge Freiheit", die inzwischen in "Zeitenwende" umbenannte Vierteljahresschrift "Europa" und das Flaggschiff der Nationalrevolutionäre, "Wir selbst", hatten sich zu einem Kongreß zusammengetan. Kühn war der Stargast der Veranstaltung.

Für die SPD-Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin war dies Anlaß, den Innenminister zu fragen, ob er bzw. die ihm unterstehende Behörde "Bundesamt für Verfassungsschutz" über Informationen verfüge, "die nahelegen, daß die Zeitschriften ins rechtsradikale, teilweise ins rechstextremistische Spektrum gehören?" (Bundestagsdrucksache 11/8513). Die Antwort auf ihre Frage gab Staatssekretär Neuesel am 22. November 1990. Sie ist so bemerkenswert, daß sie an dieser Stelle im vollen Wortlaut wiedergegeben werden soll:

"Die Schrift 'Junge Freiheit' (JF) wurde im Februar 1989 als Publikation eines bis dahin ebenfalls unbekannten 'Fördervereins zur Wiedervereinigung Deutschlands unitas germanica e.V.' bekannt. Die JF erscheint nach eigenen Angaben mit einer Auflagen von 10 000 Exemplaren. Aus den hier bekannten vier Ausgaben läßt sich eine abschließende Bewertung des Charakters der Zeitschrift noch nicht treffen.

'Wir selbst' ist hier als Zeitschrift einer gleichnamigen, rechtsextremistischen Kleingruppe 1979 bekanntgeworden. Seit 1988 liegen keinerlei Informationen über die Publikation mehr vor.

Der Herausgeber Siegfried Bublies war in den siebziger Jahren Bundestagskandidat der NPD und Funktionär der 'Jungen Nationaldemokraten'.

Ausgaben der Zeitschrift 'Europa' liegen hier noch nicht vor. Es soll sich um eine neue Publikation handeln, an der Rechtsextremisten beteiligt sein sollen. Es spricht einiges dafür, daß hinter der Schrift Kreise, die - wie die 'Zeit' vom 26. Oktober 1990 und 16. November 1990 berichtet - dem ehemaligen 'National-Europäischen Jugendwerk e.V.' (NEJ) angehören, das vor 1987 deutlich rechtsextremistische Züge aufwies." (Bundestags-Drucksache 11/8513)

Mit den alten Römern ist man versucht auszurufen: Oh, wenn du doch geschwiegen hättest! Zumindest hätte Neusel sich und den Verfassungsschutz nicht unsterblich blamiert. Einige Ergänzungen zu der Antwort, die keine war:



Dem "Verfassungsschutz" weitgehend unbekannte Publikationen!

Die "Junge Freiheit" erscheint seit spätestens 1986. Von den vier Gründerredakteuren gehörten damals drei der "Freiheitlichen Volkspartei", einer Abspaltung der REP, an. **Dieter Stein**, von Beginn an Chefredakteur, war Landessekretär dieser Partei in Baden-Württemberg. Später erfolgte eine Hinwendung der Zeitung zu den REP, die inzwischen wieder einer kritischen Distanz gewichen ist. Zu den Mitarbeitern gehörten und gehören u.a. **Helge Korell** vom "Ring Freiheitlicher Studenten", der ehemalige Kühnen-Intimus **Michael Krämer**, das ehemalige REP-Parteivostandsmitglied **Boris Rupp**, der ehemalige Bundesvorsitzende des "Republikanischen Hochschulverbandes" **Hans-Ulrich Kopp**, der REP-Funktionär **Peter Boßdorf**, der Nationalrevolutionär **Udo Reinhardt** und zahlreiche andere aus dem neofaschistischen Lager bekannte Personen. Die Auflagenhöhe der Zeitschrift lag zum Zeitpunkt der Antwort des Ministers bei 30 000 Exemplaren. Tatsächliche oder vorgetäuschte Unwissenheit? Bösartige Menschen könnten auf die Idee kommen, daß der Staatssekretär seine Parteifreunde **Lintner** (CSU), **Koschyk** (CSU) und **Friedmann** (CDU) nicht in Verlegenheit bringen wollte, die der Zeitschrift in der Vergangenheit als Interviewpartner zur Verfügung standen.

Seit 1988 will der Staatssekretär keine Erkenntnisse mehr über "Wir selbst" haben, obwohl allein 1990 zwei normale und eine Doppelnummer der Zeitschrift erschienen. Und auch Detlef Kühn, der bereits erwähnte Präsident des "Gesamtdeutschen Instituts", gehörte in diesem Zeitraum zu den Autoren.

Der "wir selbst"-Herausgeber **Siegfried Bublies** ist mittlerweile nicht mehr Mitglied der NPD. 1990 trat er als Kreisvorsitzender der Republikaner in Koblenz in Erscheinung. Die Uninformiertheit des Staatssekretärs scheint auch hier "gute Gründe" zu haben: unter den Autoren des Jahrgangs 1990 findet sich u.a. Vertriebenen-Chef und CDU-Politiker **Herbert Hupka**.

Ähnlich katastrophal ist der "Kenntnisstand" des Staatssekretärs über die Zeitschrift "Europa". Die angeblich "neue Publikation" erscheint bereits seit vier Jahren. Das hinter der Zeitschrift stehende "Nationaleuropäische Jugendwerk" ist keineswegs entgegen der Annahme des Staatssekretärs ehemalig, sondern noch immer als gemeinnützig und förderungswürdig anerkannt - trotz der die Gruppe tragenden Rechtsextremisten. Ein Wandel der Politik dieser Gruppe nach 1987 ist nicht festzustellen. Die tragende Person ist nach wie vor der Mannheimer Rechtsanwalt **Ludwig Bock**, ein ehemaliger NPD-Bundestagskandidat, der sich als Verteidiger im Majdanek-Prozeß einen unrühmlichen Namen machte. Speziell in der Ausgabe 3/90 von Europa finden sich zahlreiche Unions- und Vertriebenenpolitiker als Autoren.

Es wäre unfair zu mutmaßen, Herr Neusel sei auf dem rechten Auge blind. Er scheint nur sehr genau zu wissen, wann er es öffnen darf und wann es zu schließen ist. Die Frequenz dabei mag den Machern der diversen Zeitschriften und Detlef Kühn wie ein verschwörerisches Blinzeln erscheinen. Achten Sie bei Ihrer nächsten Frage doch einmal darauf, Frau Däubler-Gmelin!

Volkmar Wölk

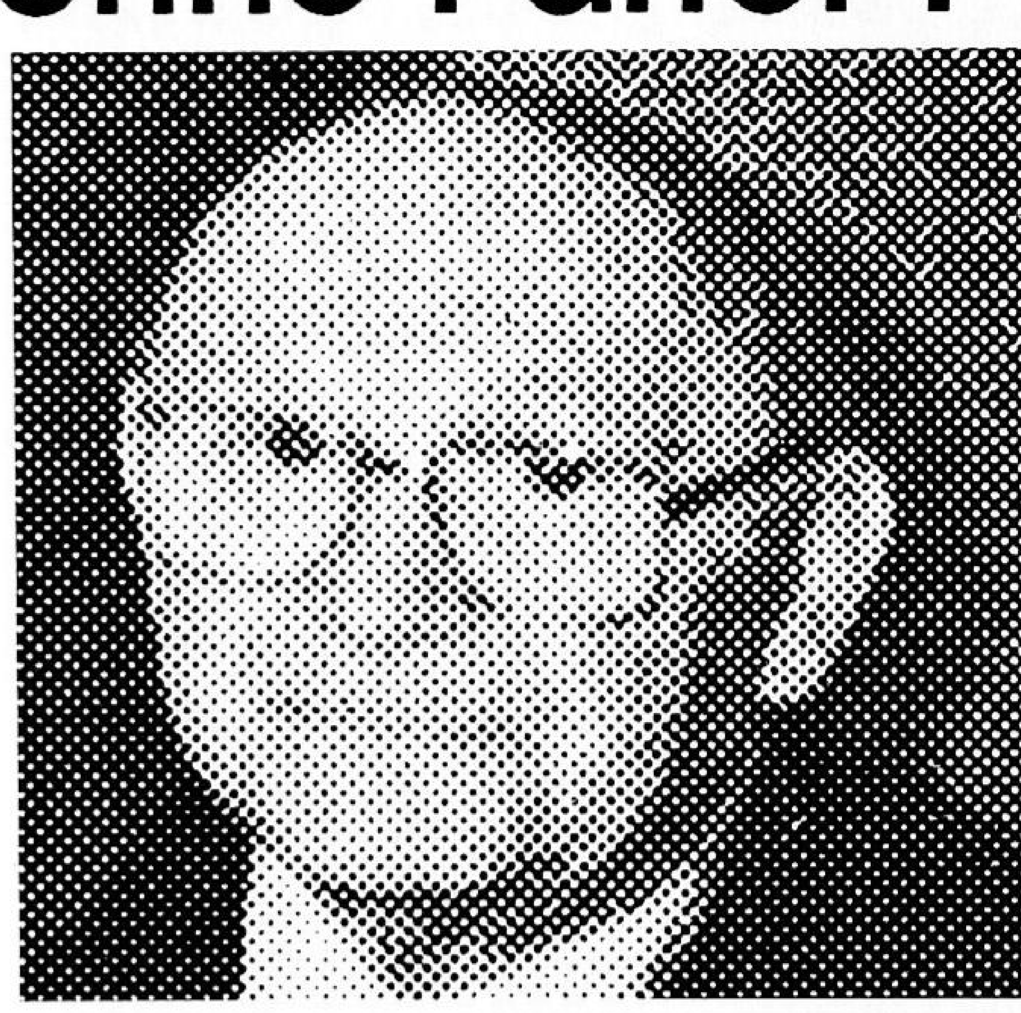
NPD: Ein neuer Parteivorsitzender ohne Partei ?

"Es geht um Deutschland" sind die "Überlegungen zum Programm einer patriotischen deutschen Sammlungsbewegung" in der Januar-Ausgabe der "Deutsche Rundschau" überschrieben. Dem Autoren dieses Artikels im Organ der Neugründung "Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte" ist sein Bemühen anzumerken, die Sprache der "neuen" Rechten zu übernehmen, doch sind bei ihm Altlasten ideologischer Art unübersehbar. Der "die abendländische Kultur und Zivilisation seit sieben Jahrzehnten bedrohende(n) Marxismus/Leninismus" ist für ihn noch immer der Hauptfeind. Dann erst folgt die Verurteilung der "Amerikanisierung mit Folgen". Einigkeit zwischen den Fraktionen dürfte jedoch wieder bei der Zielstellung des Autors herrschen: "In der geographischen Mitte Europas gelegen, kommt den Deutschen heute die Aufgabe zu, die in Jahrhunderten gewachsene Identität Europas bewahren zu helfen." Drei Sternchen stehen statt des Namens über dem Artikel. Eine Erläuterung am Ende jedoch ist für den Insider leicht zu entschlüsseln: "Unser Autor ***, ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter, ist eine namhafte Persönlichkeit aus dem patriotischen Lager in Deutschland." Um niemand anderes als **Adolf von Thadden**, den geistigen Gründungsvater und langjährigen Parteivorsitzenden der NPD, dürfte es sich dabei handeln. Er, der sich in seiner langen politischen Karriere schon immer um die Sammlung der zersplitterten Kräfte des Rechtsextremismus bemüht hat, ist auch bei der jüngsten Sammlung wieder dabei.

Diese neue Orientierung von Thaddens ist zugleich ein deutlicher Hinweis für den maroden Zustand der Traditionspartei des deutschen Rechtsextremismus. Es klingt wie das berühmte Pfeifen im Walde, wenn der NPD-Parteivorstand auf seiner Sitzung im Dezember 1990 in Wölfersheim verkündete: "Die Krise ist zu meistern!" (Deutsche Stimme 1/91), wenn gleichzeitig der kommissarische Parteivorsitzende **Walter Bachmann** fragt: "Kann die NPD gerettet werden?" und davon spricht, "daß der Wahlausgang die NPD in eine existenzbedrohende Krise (Hervorhebung im Orginal) gebracht hat" (ebd.) und zu einem sofortigen "Notopfer NPD" aufruft. Der Parteivorstand geht davon aus, daß "innerhalb der nächsten Monate Gelder auf der Rechnungsbasis DM 200,- pro Mitglied aufgebracht werden" müßten, um das Überleben der NPD zu sichern. Das Verfehlen der Wahlkampfkostenerstattungsgrenze bei den vergangenen Bundestagswahlen scheint der schon länger durch die für sie ungünstigen finanziellen Umstände des Bündnisses mit **Gerhard Frey** stark angeschlagenen NPD das Genick zu brechen. Der Urheber dieses Bündnisses, der bisherige Parteivorsitzende **Martin Mußgnug**, hat sich währenddessen in Richtung "Deutsche Allianz" abgesetzt. Sein ihm getreuer Stellvertreter **Jürgen Schützinger** verkündete am Rande des Gründungskongresses der "Deutschen Allianz", die Verbindlichkeiten der NPD beliefen sich auf 1,5 Millionen DM. Zum 31. März 1991 sei allen zehn Mitarbeitern in der Stuttgarter Parteizentrale gekündigt worden. Informationen, die das Parteiorgan der NPD der Mitgliedschaft unterschlägt.

Bei einer weiteren Parteivorstandssitzung am 2./3. Februar 1991, wiederum in der hessischen NPD-Hochburg Wölfersheim, gab sich der neue Bundesschatzmeister **Dieter Fuhrmann** trotz allem Unbill optimistisch. Die im Dezember eingeleiteten Notmaßnahmen begännen zu greifen und die "äußerst kritischen Monate Dezember 1990 und Januar 1991" seien überstanden (Deutsche Stimme 2-3/91). Zu diesen Notmaßnahmen hatte auch eine Formatverkleinerung und die damit verbundene Kostensenkung der Parteizeitung gehört. Die letzte Ausgabe erschien zudem erstmals als Doppelnummer. 120 000 DM Schulden und laufende Verpflichtungen seien bereits abgebaut worden, so der Schatzmeister ohne Schatz; zudem habe der Parteivorstand aus seinen Reihen 40 000 DM zur Verfügung gestellt. Im "Vorschlag einer Strukturreform der NPD" betont allerdings Generalsekretär **Ulrich Eigenfeld** (Oldenburg) die Notwendigkeit einer deutlichen Steigerung des Eigenfinanzierungsanteils. Die "Deutsche Stimme" soll nach seinen Vorstellungen weitgehend zu einem innerparteilichen Informations- und Diskussionsblatt umgestaltet werden. Der Verkauf außerhalb der Mitgliedschaft hatte sich ohnehin stets in einem kaum nennenswerten Umfang bewegt. Unabweislich ist nach Eigenfelds Ansicht eine starke Reduzierung der hauptamtlichen Tätigkeit auf 50% des bisherigen Umfangs durch Rationalisierung. Zudem müsse der Parteivorstand erheblich verkleinert werden. Er schlägt insgesamt eine weitgehende Organisationsreform und die Verlagerung der Parteizentrale nach Berlin vor.

All diese Maßnahmen finanzieller und organisatorischer Art können jedoch nicht verdecken, daß die Hauptkrise der NPD politischer Natur ist. Die zu Beginn der achtziger Jahre eingeleitete programmatische Modernisierung wurde nicht konsequent fortgesetzt und in der eigenen Mitgliedschaft nur halbherzig angenommen. Wie **Franz Schönhuber** durchaus treffend festgestellt hatte, war die NPD "gestrig" in ihrem Zuschnitt. Ehemalige Hochburgen wie Niedersachsen wurden durch Überalterung zu Stiefkindern der Partei. Der Landesverband Bayern, lange Jahre nach Baden-Württemberg das zweite Standbein, verlor durch das Aufkommen der "Republikaner" seinen Einfluß fast völlig. Die Angst vor einem möglichen Verbot in der damaligen DDR hatte dazu geführt, daß die Partei dort nicht unter dem eigenen Firmenschild, sondern als "Mitteldeutsche Nationaldemokraten" in Erscheinung trat. Der ohnehin schon erhebliche Bekanntheitsvorsprung der "Republikaner" vergrößerte sich so noch mehr. Die verfehlte Bündnispolitik mit dem NS-Nostalgiker Gerhard Frey tat ein übriges. Die NPD konnte die seit 1983 stark verbesserten Erfolgsaussichten für rechtsextreme Politik nicht nutzen. In keinem der für Rechtsextreme entscheidenden Politikfelder war es der NPD gelungen, sich gegenüber den REP deutlich abzusetzen und zu profilieren.



Amtierender Parteichef: Walter Bachmann

Eine der wesentlichen Folgen dieser Entwicklung ist eine deutliche Verschiebung der Sozial- und Altersstruktur der Mitgliedschaft und des Funktionärskörpers der NPD. Eine Analyse der Direkt- und Listenkandidaten der NPD bei der Bundestagswahl im Dezember vergangenen Jahres zeigt, daß in der NPD die mittleren Jahrgänge zwischen 30 und 50 Jahren deutlich unterrepräsentiert sind. Dort, wo sich in der Altersverteilungskurve der meisten anderen Parteien ein deutlicher Berg auftürmt, gähnt bei der NPD ein unübersehbares Loch. Deutlich überrepräsentiert sind dagegen Männer jenseits der 60, die schon in der Blütezeit der NPD Ende der Sechziger zu den Aktivisten gehört hatten. Die wenigen Funktionäre der mittleren Jahrgänge sind zum größten Teil bereits als führende Funktionäre der Jugendorganisation JN gegen Ende der siebziger Jahre hervorgetreten.

Ein Hoffnungsschimmer mag für die NPD in der relativ großen Zahl von Mandatsbewerbern unter 25 Jahren liegen. Doch die regionale Verteilung der jüngeren Generation ist sehr ungleichgewichtig. Besonders viele junge Kandidaten finden sich in Ostelbien und in Nordrhein-Westfalen. Flächendeckende Direktkandidaturen konnten trotzdem bei weitem nicht erreicht werden. Ein deutliches Anzeichen dafür, daß die Organisationsstruktur der Partei zerbröselt.

Auffällig ist auch eine Verschiebung der Sozialstruktur der Mitgliedschaft in den vergangenen Jahren. Nehmen wir die Kandidaten der NPD zur Bundestagswahl des vergangenen Jahres als Maßstab, dann könnte

sie sich mit Fug und recht als einzige Arbeiterpartei der Republik bezeichnen. Von allen kandidierenden Parteien schickte sie die bei weitem größte Zahl von Produktionsarbeitern ins Rennen. Der Anteil der Kandidaten mit akademischer Bildung war bei den REP ca. dreimal so groß. Dies legt den Schluß nahe, daß neben dem quantitativen Problem des Mitgliederschwundes, der schon lange vor Gründung der "Deutschen Allianz" eingesetzt hatte, auch ein Problem der Qualifikationsstruktur des Funktionärskörpers besteht. Es könnte sein, daß die anspruchsvollere ideologische Gesamtaussage des neuen Parteiprogramms auch wegen der mangelnden intellektuellen Kapazität der Aktivisten der Partei nicht umgesetzt werden konnte.
Die NPD wäre allerdings nicht die NPD, wenn sie nicht versuchen würde, aus dieser Not eine Tugend zu machen. Schon vor geraumer Zeit hatte der Parteivorstand erklärt, daß die neue Hauptzielgruppe enttäuschte SPD-Wähler sein sollten. Das soziale Desaster in der ehemaligen DDR und die ökonomische Kahlschlagpolitik der Bundesregierung verstärken ihren Trend der Zuwendung zu den sozial benachteiligten. Die alten und neuen Hauptinhalte Nationalismus und Rassismus werden nicht mehr, wie bisher, "pur" an die Wählerschaft gebracht, sondern in soziale Demagogie verpackt. So macht die Januar-Ausgabe der "Deutsche Stimme" mit der Schlagzeile auf "Deutschland 2000: Vorwärts zu sozialer Gerchtigkeit!". Neben dem NPD-Logo "Ausländerstopp: Deutschland den Deutschen" findet sich in Fettdruck die Hauptaussage des Artikels: "Es muß eine Partei geben, die für nationale Solidarität kämpft, für die gerechte Sozialgemeinschaft der Deutschen! Dafür kämpfen die deutschen Nationaldemokraten!" Bei den Bürgern der ehemaligen DDR soll planmäßig Fremdenangst und -feindlichkeit geschürt werden.

Wir verzichten nicht!

DEUTSCHE STIMME

Deutschland, ängstlich Vaterland?
Jetzt: Das neue Deutschland schaffen!

NPD-Parteiorgan in verkleinerter Aufmachung

Der Autor **Karl-Heinz Vorsatz** verweist darauf, daß bereits jeder fünfte Asylsuchende nach "Mitteldeutschland" (!) gewiesen wird. Weiter orakelt er: "Das völlige Scheitern aller kommunistischen Systeme und die damit eintretende Massenverelendung wird einen ungeheuren Einwanderungsdruck für ganz Deutschland erzeugen." Der Grundtenor dieses Artikels wird von **Hans Weidenbach** (Bremen) in der Ausgabe 2-3/91 der "Deutschen Stimme" aufgegriffen und verschärft. "Sind Arme für Regierende nur lästig?" heißt die wohl rhetorisch zu verstehende Frage. Ebenfalls (noch) in Frageform sieht der Autor "statt sozialer Gerechtigkeit (eine) neue Klassengesellschaft". Weidenbach verweist auf den steilen Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger und versucht, einen Keil zwischen sie und die Asylsuchenden zu schieben.
Diese "neue" Linie versucht die NPD mit einem neuen, ebenfalls altbekannten Parteivorsitzenden umzusetzen. **Sven Ringmeyer**, jugendlicher Stadtrat der NPD in Frankfurt, schreibt, daß nun die Chance für die NPD bestünde, "reinen Tisch zu machen und sich eine kompetente und integere Führung zu wählen sowie die für eine Erneuerung notwendigen Reformen einzuleiten." Als geeignete Integrationsperson für dieses Vorhaben betrachtet die Frankfurter NPD den wieder der Partei beigetretenen ehemaligen Oberstudienrat **Günter Deckert** (Weinheim), der schon wieder Kreisvorsitzender in seinem Heimatkreis ist. Dieser Frankfurter Vorschlag wurde auf der jüngsten Parteivorstandssitzung aufgegriffen.
Deckert hatte die NPD aus taktischen Erwägungen verlassen, um so vielleicht einer Entfernung aus dem Schuldienst entgehen zu können. Umsonst.
Zielgerichtet war er in den vergangenen Jahren von der NPD als "nationaler Märtyrer" aufgebaut worden. Seine (wohl kaum umstrittene) Wahl soll beim Parteitag im Mai stattfinden. Geht es nach dem Willen der Frankfurter NPD, soll Deckerts Wahl mit einer deutlichen Verjüngung der gesamten Führungsspitze verbunden werden. Als Stellvertreter schlagen sie den ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden **Hermann Lehmann** (Gifhorn), den Berliner **Thomas Salomon** und den Schulungsverantwortlichen der Partei, **Udo Voigt**, vor. Neben der Verjüngung ist also offensichtlich eine erhöhte "Qualität" der Führungsspitze angestrebt.
Es erscheint allerdings mehr als fraglich, ob dieses inhaltliche, personelle, organisatorische und finanzielle Maßnahmenbündel noch greifen wird. Der NPD steht das Wasser bis zum Hals, und im Gegensatz zu den REP, die wenigstens finanziell saturiert sind, kann sie nicht auf bessere Zeiten warten. Ein Umschwung müßte schnell erfolgen. Er wird sich jedoch umso weniger bewerkstelligen lassen, je besser es der Konkurrenz von der "Deutschen Allianz" gelingt, in die NPD hinein, aber auch auf die DVU und die DSU sowie die diversen Splittergruppen, eine Sogwirkung zu entfachen. Sammlungen haben eine geradezu magische Anziehungskraft im neofaschistischen Lager. Doch selbst wenn der "Deutschen Allianz" dies nicht im erhofften Umfang gelingt, steht der NPD ein weiterer personeller Aderlaß durch die Hausmacht von Mußgnug und Schützinger bevor. Erschwerend kommt hinzu, daß auch **Peter Dehoust**, Verleger der einflußreichen Monatsschrift "Nation + Europa" sich den Abtrünnigen zugesellt hat. So könnte es leicht dazu kommen, daß Deckert Parteivorsitzender ohne Partei wird. Wohl auch aus diesem Grund warnt **Winfried Krauß**, Bündnisbeauftragter des Parteivorstandes, die "Deutsche Allianz" als Feinde zu betrachten. Wer weiß, wozu man sie noch einmal braucht.

Rassistische Orientierungen

In einer Umfrage-Aktion unter 598 Jugendlichen kommt die DGB-Jugend Mittelhessen zu dem Ergebnis, daß es sich bei den rassistischen Orientierungen junger Erwachsener nicht um eine kurzfristige Erscheinung handelt.
Die Ausgangsfrage "Glaubst Du, daß die ausländischen Azubis und Beschäftigten die gleichen Rechte haben wie die Deutschen?" wurde von 59% der männlichen und 58% der weiblichen Befragten mit "ja" beantwortet und weist damit auf ein beträchtliches Informationsdefizit bezüglich der tatsächlichen Lage der AusländerInnen hin.
38% der Befragten verfügen über ein rechtsextremes Weltbild. Sie beantworteten alle Fragen nach der "Schuld" der AusländerInnen an gesellschaftlichen Problemen mit "ja". Diese Zahl wächst auf 42%, wenn junge Erwachsene hinzugezählt werden, die Schuldzuweisungen gelegentlich benutzen und ein positives Verhältnis zu rechtsextremen und gewaltverherrlichenden PC-Spielen, wie "Lybia", "KZ Manager" oder "Hitler" haben.
Einzelergebnisse machen deutlich, daß Frauen in geringerem Maße zu rechtsextremen Orientierungen neigen, als junge Männer. So gaben 24% der Frauen und 28 % der Männer den AusländerInnen die Schuld an der Arbeitslosigkeit. Für die Wohnungsnot machten 36% der weiblichen und 52% der männlichen Befragten AusländerInnen verantwortlich. Demgegenüber verwenden 40% der jungen Frauen und 5% der jungen Männer überhaupt keine Schuldzuweisungen und lehnen rechtsextreme PC-Spiele ab.
Aus den Ergebnissen der Umfrage leitet die DGB-Jugend konkrete Anforderungen für ihre Arbeit ab:
- In betrieblichen und Auszubildendenversammlungen, Bildungsurlaubsseminaren und öffentl. Veranstaltungen sollen die Ursachen von Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und hoher Kriminalität diskutiert und rechtsextreme Propaganda bloßgestellt werden.
- Es sollen gewerkschaftliche Arbeitskreise gebildet werden, die durch Aktionen und Informationen Aufklärungsarbeit für die Gestaltung antirassistischer Verhältnisse leisten.

Die DGB-Jugend Mittelhessen will die Umfrage nutzen, um
- neue Bildungskonzepte zu entwickeln
- Aktions- und Argumentationshilfen für Jugend- und SchülervertreterInnen zu erstellen und
- Jugend- und SchülervertreterInnen, Betriebs-/ Personalräte und LehrerInnen zu veranlassen , sich aktiv in eine antirassistische Überzeugungsarbeit "einzuklinken".

Die Ergebnisse der Umfrage sind erhältlich beim DGB-Landesbezirk Hessen, Jugendbildungsreferat Mitte, Walltorstr. 17, 6300 Gießen.

Herta Teufel

Über den Umgang mit einem Neonazi

"Wie ein Damoklesschwert" sollte die Ende Januar 1988 gegen den damals 18jährigen FAP-Funktionär Thorsten Heise ausgesprochene Strafe über ihm "hängen" - so der zuständige Göttinger Staatsanwalt Hans Hugo Heimgärtner. Heise war auf Bewährung zu einer Haftstrafe verurteilt worden, nachdem er Ostern 1987 nach einer "Führer-Geburtstagsfeier" in Northeim einen türkischen Jugendlichen mit einem Holzknüppel brutal zusammengeschlagen hatte. Doch das "Damoklesschwert" erwies sich in der Hand der Justiz als stumpfe Waffe gegen den militanten und politisch äußerst aktiven Thorsten Heise.

Schon einige Tage vor der Urteilsverkündung hatte sich **Heise** an einem Überfall von rund 40 Skinheads auf das Göttinger Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) beteiligt. Zur "Ausrüstung" der Skins zählten nach Polizeiangaben Baseballschläger, Schlagstöcke, eine Schreckschußwaffe und ein großkalibriger Gasrevolver.
Ein Verfahren gegen Heise wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung im Februar 1988 wurde zu einem späteren Zeitpunkt eingestellt, weil die "Beweise nicht ausreichten" (Göttinger Tageblatt, 28.12.1988).
Am 24. Dezember 1988 wurde Heise wieder einmal vorläufig festgenommen - und wieder einmal schnell auf freien Fuß gesetzt. Heise soll sich damals als mutmaßlicher Rädelsführer an einem neuerlichen Angriff auf das Juzi beteiligt haben. Die Skins waren diesmal mit Signalmunition und Baseballschlägern bewaffnet (HNA und GT, 27./28. Dezember 1988).
Bis zum Verhandlungstermin im Mai 1990 hatte Heise Gelegenheit, sich - juristisch gesehen - "zu bewähren", da eine Entscheidung über die im Januar 1988 verhängte Strafe nach dem Jugendgerichtsgesetz ausgesetzt worden war. 1988 trat Heise dann als FAP-Integrationsfigur in die Fußstapfen seines inhaftierten Vorgängers **Jörg Latzkowiak**. Er beteiligte sich an Schulungsmaßnahmen seines politischen Ziehvaters **Karl Polacek**, organisierte Skinhead-Treffen und führte in seiner Wohnung in Nörten-Hardenberg FAP-Kameradschaftsabende durch.
Dank des großzügigen und toleranten Umgehens der Justiz mit dem "Damoklesschwert" konnte Heise seine Aktivitäten und seine Stellung innerhalb der FAP im Jahre 1989 weiter ausbauen, obwohl die Kripo bereits 1988 vermutete, daß die "zunehmende Tendenz zur Gewalttätigkeit" damit zusammenhängen könnte, "daß die rechte Szene (mit Heise, Anm. d. V.) einen neuen "starken Mann" hatte (GT, 28. Dezember 1988). Wenn auch die einseitig auf Heise als Täter zugeschnittene Einschätzung wieder das altbekannte Herunterspielen neofaschistischer Aktivitäten auf die Verantwortlichkeit einzelner Personen durch die Strafverfolgungsbehörden erkennen läßt, ist doch zu konstatieren, daß Heise auch in der folgenden Zeit eine maßgebliche Rolle im Neonazi-Spektrum Südniedersachsen gespielt hat.
Im Mai 1989 versuchte er, mit seinem Pkw in Nörten-Hardenberg einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren. Nachdem sich das Opfer geistesgegenwärtig mit einem Sprung zur Seite hatte retten können, soll aus dem Auto, in dem neben Heise weitere vier einschlägig dem rechten Spektrum zuzuordnende Personen saßen, mit Tränengas auf den Libanesen gesprüht worden sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen "Körperverletzung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr". Heise blieb auf freiem Fuß. Erst nach weiteren Zeugenaussagen im November 1989 wurde die Anklage auf "versuchter Totschlag" erweitert. Zwischenzeitlich nutzte Heise seine Zeit propagandistisch und organisatorisch im Sinne der FAP. Er fuhr, mit Gleichgesinnten im Autokonvoi die Reichskriegsflagge schwenkend, durch Göttingen, verteilte mit anderen Neonazis Flugblätter in der Innenstadt oder veranstaltete ganz im "Gemeinschaftssinne" der Skins "Grillparties", wie im Juli 1989 in Wiershausen bei Göttingen. Von dieser "Fete" aus wurde (mutmaßlich mit Schreckschußpistolen) auf Polizeibeamte gefeuert.
Ende 1989 ritten auch Heise und die FAP auf der Welle des nationalen Taumels. Während in Göttingen 15.000 Menschen gegen die Umstände demonstrierten, unter denen eine Woche zuvor Cornelia Wessmann bei einem Polizeieinsatz getötet worden war, zog Heise mit rund 60 anderen Neonazis unter Parolen wie "hier marschiert die FAP" und "weg mit der Mauer" durch das (ex-)grenznahe Duderstadt. Zwei Wochen später wiederholten sie ihre Aktion in Göttingen. Diesmal mündete sie allerdings, wie auf Transparenten mit der Aufschrift "Deutsche, macht Euch frei, schlagt das Juzi zu Brei" angekündigt, in einem Sturmlauf mit Steinwürfen und Leuchtmunition auf das Juzi. Im Gegensatz zu der Duderstädter "Demonstration" wurde jedoch hier niemand verletzt. Die Polizei beschränkte sich - wie so oft in der Vergangenheit - auf beobachtende Maßnahmen. Erst als sich eine Gegendemonstration formiert hatte, trat sie auf den Plan und begleitete die FAP-Truppe zwecks "Personalienfeststellung" aus der Stadt. Da Heise als Anführer bei dieser Aktion fungiert haben soll, ist auch dies ein Punkt in seinem Anklageregister.
Im Frühjahr 1990 avancierte Heise dann zum kommissarisch eingesetzten FAP-Landesvorsitzenden. Für die offene Tätigkeit in dieser Funktion verblieb ihm jedoch wenig Zeit, da für Anfang Mai eine Gerichtsverhandlung gegen ihn anberaumt worden war. Damals verabschiedete sich Heise mit folgender Erklärung: "... Es betrübt mich sehr, diesen Schritt gehen zu müssen, aber ich werde von der Staatsanwaltschaft dazu gezwungen, in den Untergrund abzutauchen. ... Ich kann Ihnen aber jetzt schon ankündigen, daß ich mich, sobald Deutschland in den Grenzen von 1937 wiedervereinigt ist und Deutsche wieder über Deutsche urteilen, ohne Besatzer und Judenknechte im Hintergrund, stellen werde. ..." (vom Richter am Verhandlungstag verlesen).
Fast ein Jahr dauerte es, bis Ende Februar 1991 ein Zielfahndungskommando den FAP'ler in Ostberlin "entdeckte". Bereits Ende Juli 1990 hatte die Göttinger Staatsanwaltschaft verlauten lassen, daß sie davon ausgehe, daß sich der untergetauchte Heise in der DDR befinde (GT, 13. Juli 1990). Seit kurzem sind nun Verhandlungstermine gegen Heise anberaumt, der erste für den 12. Juni 1991.

> *"Wir versuchen, soweit es geht, mit der Polizei zusammenzuarbeiten - ihnen, wenn es geht, Straftäter zuzuführen; das klappt teilweise gut. Wir stehen durchaus positiv zur Polizei, speziell zu zivilen Streifenkomandos, aber es gibt natürlich auch Reibungen untereinander."*

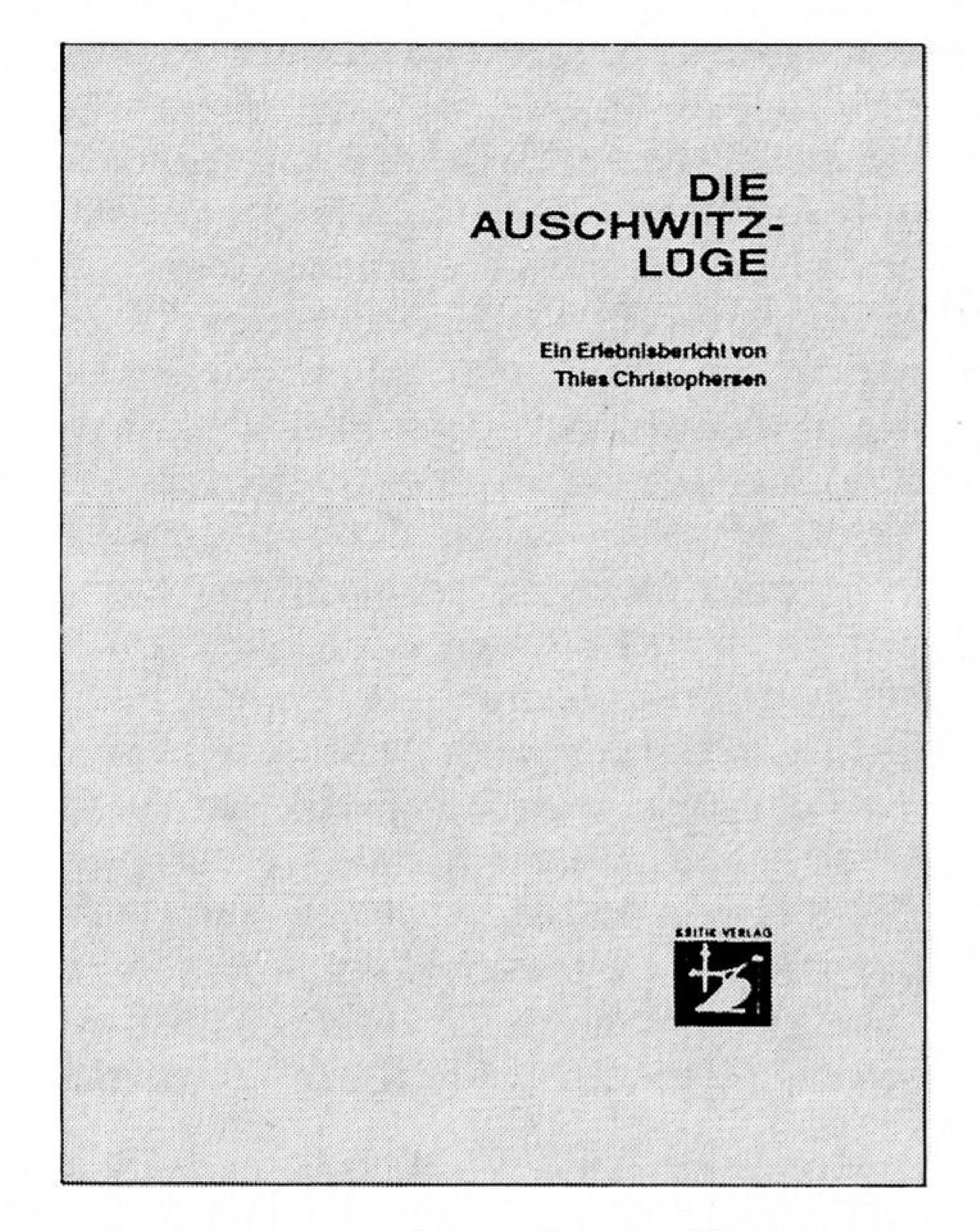
Thorsten Heise im "Zack-Magazin", WDR, November 1989

Lisa Böhne

Reinwaschungsversuche

1973 veröffentliche der als Altnazi bekannte Bauer Thies Christophersen in seiner Zeitschrift "Kritik" "Die Auschwitz-Lüge" Auf ganzen 19 Seiten wird darin die fabrikmäßige Tötung von Menschen als Greuelpropaganda abgetan, ja Christophersen tut sogar so, als habe es sich um ein Privileg gehandelt, während der Kriegsjahre im KZ Auschwitz untergebracht zu sein.
Doch das Pamphlet enthält nur wenige konkrete Angaben wie Ortsnamen, Personenbeschreibungen oder Sachverhalte. Lisa Böhne hat Christophersens "Auschwitz-Lüge" für den RECHTEN RAND auf ihre Substanz hin geprüft und dafür mit Danuta Czechs Dokumentation "Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945" verglichen.

Thies Christophersen gibt an, vom 15. Januar bis Dezember 1944 als Sonderführer des OKH in Rajsko gewesen zu sein, einem drei Kilometer von Auschwitz entfernt liegenden Nebenlager, in dem rund 300 Frauen untergebracht und in der Pflanzenzucht beschäftigt waren. Welchen Grund Christophersen hatte, dabei ein weiteres halbes Jahr in Rajsko zu unterschlagen, müßte noch untersucht werden. Im Kalendarium steht auf Seite 519 unter dem 12. Juni 1943 nämlich folgende Eintragung: "In Rajsko wird in der Nähe der Versuchsanstalt für Pflanzenzucht ein Nebenlager für weibliche Häftlinge errichtet. Darin wird das täglich aus dem Frauenlager Birkenau zur Arbeit nach Rajsko kommende Gärtnereikommando untergebracht sowie das bisher im Stabsgebäude auf dem Gelände des Stammlagers befindliche Pflanzenzuchtkommando zur Erforschung und Entwicklung der Kautschukgewinnung aus Koksaghyz. ... Die Aufsicht in den Gewächshäusern liegt bei SS-Sonderführer Christophensen, der von den weiblichen Häftlingen "Locher" genannt wird."
Da Dienstgrad, Ort und Tätigkeit übereinstimmen, ist davon auszugehen, daß Christophersen mit "Christophensen" identisch ist. Laut Christophersen hatte man in Auschwitz nichts zu verbergen, im September 1944 sei eine Kommission des Internationalen Roten Kreuzes in Birkenau gewesen (Auschwitzlüge S. 28.)
Im Kalendarium liest sich die Eintragung vom 30. September 1944 (S. 890) dagegen folgendermaßen: "Ein Delegierter des Internationalen Komitees des Roten Kreuz trifft beim Kommandanten des KL Auschwitz I ein." Dieser Mann hatte keine Gelegenheit selber mit KL InsassInnen zu sprechen, sondern wurde ausschließlich von Offizieren der SS abgefertigt. Fußnote: "Aus dem genannten Bericht geht hervor, daß der Delegierte des IKRK auf der Strecke Teschen-Auschwitz Häftlinge gesehen habe, die unter Aufsicht von SS-Männern auf dem Feld oder in Bergwerken gearbeitet hätten. Dabei sei ihm deren bleiche, aschgraue Gesichtsfarbe aufgefallen. Der Delegierte sprach nicht mit den Häftlingen; er hatte keine Möglichkeit, von ihnen zu erfahren, daß die Auskunft des Kommandanten über die Vertrauensmänner und die Judenältesten sowie über die Verteilung der Pakete falsch war. Er war auch nicht im Lager selbst, von dem er nur sechs bis acht große Gebäude bemerkte. Die Frage des Hauptlagerältesten der britischen Kriegsgefangenen, mit dem er in Teschen zusammengekommen war, ob nämlich das Vorhandensein eines modernen, mit Duschen ausgestatteten Baderaums, in dem die Häftlinge vergast würden, wahr sei, konnte er nicht überprüfen."





Christophersen behauptet: "Gerade in diesen Tagen hörte ich noch einen Bericht im Rundfunk, nach dem allein vier Millionen Menschen in Auschwitz erschossen worden sein sollten. Erschossen wurden in Auschwitz bestimmt keine Menschen, denn das hätte ich hören müssen." (Auschwitzlüge S. 30)
Die Erschießungswand befand sich im Stammlager Auschwitz I, welches sich nach Christophersens eigenen Angaben drei Kilometer von seinem Aufenthaltsort entfernt befand. (siehe Plan im Kalendarium auf S.26)
Da Christophersen behauptet, systematische Vernichtungsaktionen an Menschen habe es im gesamten Lagerbereich nicht gegeben, sucht man/frau ein unter dem 7. Oktober 1944 im Kalendarium (S. 899-900) verzeichnetes Ereignis auf seinen 19 Blättchen vergeblich: Nach einem fehlgeschlagenen Aufstand in Auschwitz Birkenau, in dessen Verlauf das Krematorium IV durch Häftlinge angezündet und zum Teil mit selbstgefertigten Handgranaten gesprengt worden war, flüchten die Häftlinge in Richtung Rajsko. "In Rajsko schnitten die verfolgenden SS-Männer den flüchtenden Häftlingen des Kommandos 57 B den Weg ab. Die Häftlinge verbarrikadierten sich in einer Scheune und setzten sich zur Wehr. Daraufhin zündeten die SS-Männer die Scheune an und ermordeten die Häftlinge. In diesem Kampf fielen 250 Häftlinge darunter auch die Organisatoren des Aufruhrs. ... Von den Kommandos, die am Aufruhr teilnahmen, werden weitere 200 Häftlinge erschossen."
Diese im Oktober 44 in Rajsko begangenen Morde fallen zeitlich und räumlich mit dem zugegebenen Aufenthalt Christophersens in Auschwitz zusammen. Die Glaubwürdigkeit dieses "Augenzeugen" dürfte damit endgültig im "rechten" Licht erscheinen.
In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß gerade das Verbot dieser von der Substanz her dürftigen Hetzschrift dazu geführt hat, daß Pseudohistoriker der Neuen Rechten sich in einer Art darauf berufen, als habe der "Journalist" von eigenen Gnaden, eine wissenschaftliche Arbeit vorgelegt.
Da die Leugnung des Holocaust insgesamt zur Verurteilung wegen Volksverhetzung führte, änderte die Faschistenpresse ihre Strategie: Nicht vier Millionen Menschen seien in Auschwitz vergast worden, sondern "nur" ein paar Tausend (siehe "Index" Nr. 13, 8/90, "Europa Vorn" Nr. 10, 11/90, "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" Nr. 3, 9/90).
Als "Beweis" werden die jetzt in Moskau einsehbaren Totenbücher von Ausch-witz angeführt, in denen 74.000 Namen verzeichnet sind. Danach hätten sich auch andere Massaker mit Öffnung des "Eisernen Vorhangs" als stalinistische Verbrechen herausgestellt. Mit dem "Leuchter Report"soll die Auschwitzlüge auf "wissenschaftliche" Beine gestellt werden.

1989 wurden laut Verfassungsschutzbericht 54 neofaschistische Periodika mit einer Gesamtauflage von (nach unten berichtigt) 8,985 Millionen in der BRD verbreitet, die solche und ähnliche Inhalte propagieren. Dazu ist anzumerken, daß es ohne die Schlampigkeit der bürgerlichen Geschichtsschreibung nie dazu hätte kommen können, daß etwas von der Substanzlosigkeit wie "Die Auschwitzlüge" eine derartige Aufwertung erfahren hätte.

Die Zahl der Opfer der organisierten, systematischen Menschenvernichtung in Auschwitz wird nach jüngeren wissenschaftlichen Untersuchungen mit 1,25 bis 1,5 Millionen angegeben (zum Beispiel in "Die Vernichtung des europäischen Judentums" von Professor Raul Hilberg, 1988). Im Geständnis von **Höss**, der vom 1. Mai 1940 bis zum 1. Dezember 1943 Kommandant von Auschwitz war, ist die Rede von 2,5 bis drei Millionen Opfern ("Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14.11.45 - 1.10.46", Band XI Verhandlungsniederschriften 8. bis 17.April 1946 , Nürnberg 1947, S.458). Wenn einer der Hauptorganisatoren die Zahl der Opfer nur annähernd angeben kann, wie entsetzlich muß die Hölle von Auschwitz für die Opfer gewesen sein? Diese Zahlenangabe von Höss ist nur damit zu erklären, daß er offenbar selber keinen Überblick mehr darüber hatte, für wieviele Morde er verantwortlich war.

Daraus ergeben sich weitere Überlegungen:

1. Soll die Einengung der Faschistendiskussion auf Auschwitz davon abgelenken, daß sich an der Zahl der Opfer insgesamt nichts ändert?
2. Daß das Nazi-Regime ein verbrecherisches Regime war, das heißt für die Schuldfrage der Mörder ist nicht die Zahl ihrer Opfer das entscheidende Kriterium, sondern die fabrikmäßige Vernichtung von Menschen.
3. Sollte davon abgelenkt werden, daß die Orte der Menschenvernichtung über das gesamte Reichsgebiet und alle okkupierten Länder verteilt waren? Bei der Vielzahl der KZs und Arbeitslager ist es schon von der Logik her unmöglich, Auschwitz allein zwei Drittel aller Opfer zuzuweisen.
4. Die "Neo"faschisten unterstellen mit der Behauptung, die Totenbücher von Auschwitz verzeichnen "nur" 74.000 Todesopfer eine Vollständigkeit dieser Unterlagen, die allein wegen der nachweislichen Vernichtung von Beweismaterial bei Heranrücken der Sowjetarmee als gezielte Lüge einzuordnen ist.
5. Menschenvernichtung fand nicht nur in Gaskammern statt. Bei regionaler Aufarbeitung von Geschichte der NS-Zeit, zeigt sich, daß Zwangsarbeit, bis zur gezielten Vernichtung durch Arbeit, flächendeckend betrieben wurde. (vgl. Reihe: Heimatgeschichtliche Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-45, Hg. VVN, Köln ab 1984). Ein Blick auf karthographische Übersichten der Arbeitslager in den einzelnen Orten/Bezirken zeigt eindeutig, daß nicht nur in fast jeder Gemeinde Privatunternehmer, Handwerker, Bauer oder Gutsbesitzer von der Zwangsarbeit profitierten, sondern auch, daß nur abgefeimte Lügner behaupten können, die Bevölkerung habe vom Elend der Arbeitssklaven nichts mitbekommen.
6. Die Qualen des "Tierverbrauchs" für Medizin, Chemie- und Pharmaindustrie wurden in der NS-Zeit von als "Untermenschen" abqualifizierten Opfern erlitten. Auch die heutige Gentechnologie gründet sich auf NS-Experimente (vgl.: "Der Griff nach der Bevölkerung" von Heidrun Kaupen-Haas, Nördlingen 1986).
7. Die gesamten Kriegsfolgen: ein zerbombtes Europa, durch Bomben zerfetzte, verschüttete und verbrannte Menschen sind zu den Ermordeten noch hinzuzurechnen und gehen ebenso wie die Vertriebenen- und Flüchtlingsströme auf das Konto der nationalsozialistischen Verbrecher.

"Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen" sagt Horkheimer. Die Zuordnung von vier Millionen Menschen zu einer einzigen Vernichtungsstätte, hätte schon bei Kriegsende den bürgerlichen Geschichtsschreibern auffallen müssen.

Nur jene, die von der Ausbeutung profitieren, können ein Interesse daran haben und gehabt haben, offene Fragen, wie die folgenden, zu ignorieren:

In welchem Ausmaß hat es diese tödliche Ausbeutung gegeben?

Wer hat stillschweigend geduldet, was da stattfand?

Wer hat von der "Vernichtung durch Arbeit" profitiert?

Wurden diese Profite die Grundlage des "Wirtschaftswunders"?

Welchen Einfluß haben die Profiteure in der BRD ausgeübt und üben ihre Erben noch aus?

Was sind die gesellschaftlichen Folgen dieses Einflusses?

Wenn wir den ProtagonistInnen von Konstrukten wie der "Auschwitzlüge" endgültig das Wasser abgraben wollen, müssen wir solche und ähnliche Fragen beantworten, es nimmt uns niemand ab. ◩

Quellen: Ties Christophersen: Die Auschwitzlüge, Kritik" Nr. 23, Mohrkirch 1973

Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945, Reinbek bei Hamburg 1989, Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg.

Anton Maegerle

Die zweite babylonische Gefangenschaft

Revisionistische Hetze beim Tübinger Grabert-Verlag

Den Kunden des "Grabert-Verlagsdienstes" ging Ende Februar 1991 ein Buch zu, das von übelster revisionistischer Hetze nur so strotzt. Der 200 Seiten umfassende Band "Die 2. babylonische Gefangenschaft. Das Schicksal der Juden im europäischen Osten", 1990 im Selbstverlag des Autoren **Steffen Werner** in Pfullingen erschienen und nun vom Tübinger Grabert-Verlag vertrieben, vertritt die Auffassung, daß die "Endlösung der Judenfrage" darin bestand, "daß die Juden im Ostteil von Weißruthenien (Sowjetunion, A.M.) angesiedelt wurden".

Angekündigt wurde das Buch den Lesern des grabertschen "Euro-Kuriers" vom 7. Februar 1991 mit folgenden Worten von **Wigbert Grabert**, der den Verlag seit 1972 führt: "Der sorgfältig mit Farbkarten, Skizzen und Belegen dokumentierte Inhalt stellt mit seiner äußerst brisanten These bisher als gültig angesehene Behauptungen über Vorgänge während der Kriegszeit im Osten in ganz neuer Beleuchtung dar und ist geeignet, eine andere Sicht der Dinge einzuführen - mit weitreichenden, Deutschland entlastenden Folgen bis in die Gegenwart."

Grabert, dessen Vater Herbert vor 1945 in Rosenbergs "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" tätig war und 1960 vom Bundesgerichtshof als Verfasser von "Volk ohne Führung" zu neun Monaten Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt wurde, abschließend:" Wir empfehlen daher dieses in einem Privatverlag erschienene Buch Ihrer besonderen Prüfung und sind sicher, daß Sie von den Ausführungen fasziniert sein werden."

Ausgangspunkt der "faszinierenden Ausführungen" des Mathematikers Werner, der auch in der Datenverarbeitung freiberuflich tätig ist, ist die Feststellung, "daß Millionen Juden, die sich während des Zweiten Weltkrieges in deutschem Gewahrsam befanden, nach dem Kriege verschwunden blieben." Die Massenvergasung und -tötung der Juden leugnend, klammert er sich an ein Zitat Hitlers vom 25. Oktober 1941: "Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum pophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken!" Werner folgert daraus: Hitler schickt die Juden in den Morast" und gelangt dann mit pseudowissenschaftlichen Argumenten und völlig verdrehten Aussagen der NS-Gewaltverbrecher zu der Schlußfolgerung, daß die Juden im Ostteil von Weißruthenien angesiedelt wurden und "heute noch von der Sowjetunion in einer Art Gefangenschaft gehalten" werden.

Der Grabert-Verlag, bekanntes Forum für Entlastungsliteraten der übelsten Sorte (unter anderen **Wilhelm Stäglichs** "Auschwitz-Mythos") setzt sich mit dem Vertrieb dieses Werkes endgültig an die Spitze des bundesdeutschen Revisionismus.

Jetzt ist die Staatsanwaltschaft gefordert, den Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches heranzuziehen, in dessen Vordergrund der Schutz der Gesellschaft vor sozialschädlicher Aggression und Hetze steht. ◩

Manfred Mahr

Ein Neuanfang fand nicht statt!

Forschungsbericht zur Hamburger Polizei nach 1945

Der Untertitel des Buches nimmt das Ergebnis der Forschungsarbeit von Norbert Steinborn und Karin Schanzenbach vorweg: "- ein Neuanfang, der keiner war -" (!)

Anknüpfend an die Ergebnisse der Forschung zur Hamburger Polizei im "Dritten Reich", die mit der Legende aufräumen, in Hamburg habe es während der Zeit des Hitlerfaschismus eine liberale Variante der Polizei in Deutschland gegeben (vgl. Fangmann/ Reifner/ Steinborn, =Parteisoldaten= Die Hamburger Polizei im 3. Reich, Hamburg 1987), setzen die Autoren ihre Forschung über die Hamburger Polizei fort. Anders als bei dem ersten Projekt, fand das Forschungsvorhaben zur Aufbereitung der Zeit nach 1945 weit weniger Gönner. Auch die Gewerkschaft der Polizei hielt sich diesmal heraus (weil das erste Ergebnis zu ehrlich war?).

Akribisch werden die zur Verfügung stehenden Quellen ausgewertet. Der Leser spürt die Aufholjagd der Autoren, die nach eigenem Bekunden erst sehr spät Akteneinsicht in das Staatsarchiv erhielten und das auch nur sehr begrenzt. So wird der Leser den Eindruck nicht los, daß nicht alles gesagt worden ist, was hätte gesagt werden können, wenn denn uneingeschränkte Forschung möglich gewesen wäre.

Interessant die Tatsache, daß ein Hamburger Sozialdemokrat und Antifaschist, der Polizeibeamte Heiner Biller, seinen kleinen Verlag zur Verfügung stellen mußte, damit die Forschungsergebnisse überhaupt veröffentlicht werden konnten. Dies ist ein Engagement, das Respekt und Anerkennung verdient, zumal mit derlei Publikationen bekannterweise kaum ein Geschäft zu machen ist.

Das Buch gliedert sich in zwei Abteilungen: im ersten Teil, der ca. 2/3 des gesamten Buches ausmacht, wird die "Entwicklung der Hamburger Polizei bis zur Wiederaufstellung der Bereitschaftspolizei 1951/52" dargelegt. Der zweite Teil beschreibt die "Entwicklung der Hamburger Polizei bis zu ihrer Integration in die Innenbehörde 1962".

Mit kurzen Hinweisen auf den "Minimalkonsens" des Potsdamer Abkommens (Entnazifizierung, Erziehung zur Demokratie und Aufbau einer dezentralen Verwaltung), die Beschlüsse des alliierten Kontrollrats zwischen 1945 und 1948, die die Ausrüstung der Polizei und das Verbot der politischen Überwachung der Bevölkerung durch die Polizei regelten und die drei Polizeibriefe der Alliierten aus den Jahren 1949 und 1950 beschreiben Steinborn und Schanzenbach den Aufbau der Hamburger Polizei nach englischem Vorbild. Bis 1947 unterstand die Hamburger Polizei der britischen Militärregierung unmittelbar. Die systematische Entnazifizierung dauerte bis 1950 an.

Die Führung übernahmen von den Nazis 1933 "herausgesäuberte" sozialdemokratische Beamte, wobei sich zeigte, daß eine antifaschistische Grundhaltung noch lange kein Garant dafür war, das sich eine dem Wesen nach demokratische Polizei herausbilden konnte. "Nicht wenige der 'Wiedergutgemachten' verfügten über einen zweifelhaften Ruf als gefürchtete Ausbilder", kann man auf S. 22 nachlesen. Die alten autoritären Erziehungsmodelle hatten (und haben?) auch bei eingefleischten Sozialdemokraten nicht versagt.

Bei allen guten Absichten - die Polizeiführung der ersten Stunde nach dem Krieg berief sich auf ihre über zehn Jahre zurückliegenden truppenpolizeilich (!) gemachten Erfahrungen und legten damit schon den Grundstein für die Restauration der Polizei in den 50er Jahren. Als weitere ungünstige Voraussetzungen für eine Demokratisierung der Polizei führen die Autoren das mangelnde originäre Interesse der Polizeianwärter an ihren Beruf, die nazistische Sozialisation und das niedrige Bildungsniveau der Beamten an.

Kenntnisreich beleuchten die Autoren Zusammenhänge und Gründe der damaligen Polizeientwicklung. So werden z.B. die unterschiedlichen Vorstellungen von Militärregierung und Senat zur Entwaffnung der Polizei dargelegt. Bis 1950 waren nur 20 Prozent der Hamburger Polizisten mit Handfeuerwaffen ausgerüstet. Und, man lese und staune, bis zum endgültigen Abzug der britischen Kontrolloffiziere im Jahre 1951 mußten Hamburgs Polizisten Brustnummernschilder tragen, was damals schon erbitterten Zorn unter den Polizeibeamten hervorrief.

Die vorgetragenen Argumente gegen eine Kennzeichnung von Polizisten waren auch in den Gründerjahren der Bundesrepublik wenig geistreich und trugen zum Teil aberwitzige Züge. Nicht nur, daß man "Racheaktionen" der Kommunisten fürchtete, nein, schließlich sei das Schild auch "Gewaltverbrechern als Zielscheibe hochwillkommen". Als die britische Kontrolle aufhörte, wurden denn auch die verhaßten Nummernschilder sofort wieder abgeschafft.

Nach den Auffassungen von Steinborn und Schanzenbach scheiterten die Bemühungen der Briten, die Entmilitarisierung und Entwaffnung voranzutreiben, vor allem an der fehlenden Akzeptanz auf deutscher Seite.

Die Ausbildungsinhalte sollten u.a. auch der Eindämmung von NS-Tendenzen dienen. Der zu diesem Zweck 1949 eingeführte staatspolitische Unterricht konnte aber kaum das erwartete Ziel erreichen, war er doch als "Gesinnungsunterricht" gedacht, der zum "seelischen Erlebnis" werden sollte. Das Auswendiglernen von Artikeln des Grundgesetzes, nicht das Diskutieren, stand auf dem Programm.

Bedrückend ist die Darstellung der "Renazifizierung" der Hamburger Polizei: nachdem die Entnazifizierungsaufgaben 1947 den Regierungen der Länder übertragen worden waren, weisen die Autoren die kontinuierliche Rückkehr ehemaliger Nazis in die Hamburger Polizei nach. Schlußpunkt dieser Entwicklung bildet die Regelung nach Art. 131 Grundgesetz, die durch das 1951 in Kraft tretende Ausführungsgesetz die Länder praktisch zur Übernahme aller nach 1945 aufgrund von Entnazifizierungsentscheidungen entlassenen Beamte verpflichtete. Ansonsten wären entsprechende Ruhegehälter zu zahlen gewesen. Damit war die Frage, ob man sich eine von Nazis freie Verwaltung leisten wollte, auf die Finanzierbarkeit reduziert worden. Die als "untragbar für den öffentlichen Dienst" eingestuften ehemaligen Beamte blieben eher die Ausnahme.

So finden sich in dem Forschungsbericht von Steinborn und Schanzenbach exemplarische Beispiele, die belegen, daß wirkliche Entnazifizierung nie stattgefunden hat und offensichtlich auch nicht von Interesse war. Das Beispiel des Polizeimeister **Dose** sei hier erwähnt. Der damals noch als "Henker von Breda" bekannte Polizeibeamte, der während des Krieges Leiter einer Kriminaldienststelle in den Niederlanden für die Bereiche Homosexualität, Rassenschande, Judenverfolgung und Abtreibung zuständig war, durfte, nachdem er einige Jahre als Kriegsverbrecher im Gefängnis abgesessen hatte, an der Hamburger Landespolizeischule Strafprozeßrecht und praktischen Polizeidienst unterrichten.

Erschrecken muß in diesem Zusammenhang, daß die Aktzeptanz der belasteten "131er" weniger aufgrund ihrer politischen Vergangenheit litt, sondern weil sie den normalen Polizeianwärter die Beförderungschancen verdarben.

1951 trat Hamburg dem Verwaltungsabkommen über die Errichtung von Bereitschaftspolizeien der Länder bei. Damit erfolgte eine entscheidende Zäsur. Unter dem Eindruck des Koreakrieges und der angeblich ständig wachsenden Gefahr aus dem Osten wurde eine 700 Mann starke Abteilung aufgebaut, die u.a. mit Maschinengewehren und Schützenpanzerwagen ausgestattet wurde. Die restaurativen Kräfte innerhalb der Polizei gewannen endgültig die Oberhand. Das hatte entsprechende Auswirkung auf die gesamte Polizei, weil alle Polizeianwärter die Bereitschaftspolizei durchlaufen mußten und auf Ausbilder trafen, die sich vor allem im Krieg "bewährt" hatten. Der paramilitärische Charakter der Bereitschaftspolizei war ein weiteres Element, das die Demokratisierung der Polizei verhinderte.

Am Hafenarbeiterstreik, der Studentendemonstration 1951 und dem Flügger-Streik im Jahr 1952 belegen die Autoren anschaulich den politischen Mißbrauch der Polizei; unter dem Vorwand, die Streiks bzw. die Demonstration seien kommunistisch gesteuert, wurde rigoros gegen Arbeiter und Studenten wie in alten Zeiten vorgegangen, was jeder rechtlichen Grundlage entbehrte. So folgte der kurzen Episode der Entnazifizierung eine

lange vom Antikommunismus geprägte paranoide Phase. Anfang der 60er Jahre konnte gerade noch der Kombattantenstatus für die Polizei verhindert werden.
Mit dem Bericht über die Umorganisation und Integration der Polizei nach der Flutkatastrophe in die Behörde für Inneres endet die Arbeit von Steinborn und Schanzenbach. Unvermittelt hört der Text mit dem Hinweis auf eine Gedenkfeier zum 40. Jahrestag des sogenannten "Oktoberaufstandes" von 1923 auf, und man möchte eigentlich auf der nächsten Seite weiterlesen. Am Schluß die Feststellung: "Eine im gleichen Jahre - 1963 - kalendarisch denkbare Erinnerung an die Faschisierung der Polizei und ihre ruhmlose Kapitulation vor den braunen Machthabern fand nicht statt."

Was geschah danach? Ob diese Frage je beantwortet wird, steht in den Sternen. In seinem Vorwort hat Norbert Steinborn auf die Schwierigkeiten der Polizeiforschung hingewiesen, je mehr sie sich der Gegenwart nähert. Und wir können wohl froh sein, daß jetzt wenigstens für die Zeit bis 1963 ernstzunehmende, verläßliche Forschungsergebnisse vorliegen.

Norbert Steinborn/ Karin Schanzenbach, Die Hamburger Polizei nach 1945 - ein Neuanfang der keiner war
Verlag Heiner Biller, Hamburg 1990
ISBN: 3-9802191-1-9; DM 19,80

Manfred Mahr ist Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V.

In der zehnten Ausgabe des Rechten Randes beschäftigte sich Winfried Holzinger mit der Karriere des ehemaligen BKA-Chefs Paulinus Dickopf. Dabei wurde auch der stellvertretende Chef des Reichskriminalpolizei Paul Werner genannt, über den Anton Maegerle nahezu unglaubliche Tatsachen herausfand:

Ungebrochene Kontinuität

Vom Zuchthaus Brandenburg zum Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim

Der am 4. November 1900 in Appenweiler (Baden) geborene **Paul Werner**, wohnhaft bis zu seinem Tod am 15.Februar 1970 in Leinfelden, Lilienstraße 24, war in seiner beruflichen Tätigkeit Ministerialrat im baden-württembergischen Innenministerium. Eine scheinbar belanglose Tätigkeit.
Während der Nazi-Diktatur arbeitete er sich auf der Karriereleiter bis zum SS-Oberführer und Oberst der Polizei im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) hoch. Von 1937 bis Mitte des Jahres 1944 war er als Vertreter des Leiters des Amtes V ("Verbrechensbekämpfung") des RSHA, Kripo-Amtschef **Artur Nebe**, auf dem Zenit seiner Macht.
Am 26. Oktober 1939 wurde Werner Leiter der Gruppe Kriminalpolitik des an diesem Tage gegründeten RSHA.
Ebenfalls am 26. Oktober 1939 wurde unter der Leitung von Werner ein Versuch mit sogenannten Vergasungsapparaten im Zuchthaus Brandenburg ausgeführt. Sechs polnische Kriegsgefangene wurden dabei im Bloch Drei ermordet. Anwesend als verantwortliche Chemiker war Dr. **Albert Widmann** (Leiter des Referats VD2 "Chemie und Biologie" im RSHA), Hauptmann und Kommissar der Reichskriminalpolizei, der am 1. September 1942 zum SS-Sturmbannführer befördert wurde.
Werner, als Chef des Einsatzkommandos No. 9 an Massenhinrichtungen in der Nordukraine beteiligt, ist identisch mit Paul Werner, in dessen Amtszeit als Leiter der baden-württembergischen Hauptabteilung Landesbauten und Sozialer Wohnungsbau der Bau der Justizvollzugsanstalt in Stuttgart-Stammheim fällt, die später mit dem berüchtigten Hochsicherheitstrakt ausgestattet wird.

Mehr als makaber ist, daß den Toten im Block drei des Zuchthauses Brandenburg 38 Jahre später die Toten im Sicherheitstrakt 3 in Stuttgart-Stammheim folgten; mal mit mittelbarer, mal ohne mittelbare Beteiligung Werners.

Nachtrag: Ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart, wegen Werners "Kenntnissen" von Versuchen an KZ-Häftlingen, wurde am 29. August 1962 eingestellt. Werner war selbst vor seinem Eintritt in das RSHA Staatsanwalt.

Der Arzt und Chemiker Dr. Widmann, Regierungsrat im RSHA blieb bis 1959 unbehelligt. Erst vom 3. März 1959 an befand er sich in Düsseldorf in Untersuchungshaft und wurde durch das Schwurgericht beim Landgericht Düsseldorf am 15. Mai 1961 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Widmann, der als Angehöriger des Kriminaltechnischen Instituts des RSHA auch an der Herstellung von vergifteter Munition beteiligt war, wurde in einem weiteren Verfahren vor dem Schwurgericht des Landgerichts Stuttgart vom 15. September 1967 unter Einbeziehung des Urteils des Landgerichts Düsseldorf vom 10. Oktober 1962 zu sechs Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Nach nicht bestätigten Mitteilungen soll Dr. Widmann dem LG Stuttgart DM 200.000,- Kaution gestellt haben. Diese Summe soll angeblich vom Bundespräsidenten Lübke bevorschußt worden sein.
Als Miteigentümer der Voteler Lackwerke hätte Dr. Widmann, nach 1945 in Stuttgart-Stammheim wohnhaft, diesen Betrag eigentlich selbst aufbringen können.

ANTIFA-KONFERENZEN

Nordrhein-Westfalen:

Die 14. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen wird am 11.Mai 1991 in Aachen stattfinden. Entgegen der ursprünglich geplanten "internationalen Konferenz" wird davon ausgegangen, daß die Konferenz eher ein Arbeitstreffen zur Diskussion und Koordination antifaschistischer Arbeit in Nordrhein-Westfalen sein wird. Zehn Arbeitsgruppen zu den Komplexen "Aggression nach außen", "Repression nach innen" und "Gegenkräfte" sind geplant.
Als Arbeitstitel der Konferenz wird vorgeschlagen: "Nie wieder Krieg! - Antifaschismus gegen die kriegerische Neuordnung der Welt". Materialien und Informationen über den Stand der Vorbereitung können über die VVN-BdA NRW, Volmerswerther Str. 76, 4000 Düsseldorf 76 bezogen werden.

Niedersachsen:

Die in der letzten Ausgabe des Rechten Randes angekündigte niedersächsische Antifa-Konferenz wurde vom Koordinierungsausschuß wegen der zahlreichen Aktivitäten gegen den Golfkrieg kurzfristig verschoben. Als neuer Termin wird der 8. Juni 1991 vorgeschlagen.
In dem Aufruf für die Konferenz werden die bevorstehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen als Anlaß gesehen, die verschiedenen Strömungen des Antifaschismus in Niedersachsen zu gemeinsamer Beratung und Konzipierung von Handlungsstrategien zusammen zu bringen.
Das Einführungsreferat wird Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung zum Thema "Rassismus in der BRD - Verbreitung und Quellen" halten. Darüber hinaus sind sieben Arbeitsgruppen mit Themen, wie "Antifaschismus als kommunale Aufgabe", "Erfahrungen mit Faschisten in Kommunalparlamenten", "Revanchismus" und "New Age" geplant.
Nähere Informationen können über den Koordinierungsausschuß, c/o VVN-BdA Nds., Rolandstr. 16, 3000 Hannover 1 bezogen werden.

Hessen:

Der hessische Arbeitsausschuß gegen Rassismus und Neofaschismus hat die Ergebnisse des zweiten antifaschistischen Ratschlags in Hessen (9./10. November 1990) in einem 138 Seiten starken Reader "Rechts abbiegen verboten!" zusammengefaßt.
Der Reader kann für DM 4,- beim Arbeitsausschuß, Walltorstr. 17, 6300 Gießen bestellt werden.

Zukünftig würden wir gern weitere Berichte über die Arbeit antifaschistischer Gruppen und Konferenzen veröffentlichen. Bitte schickt uns entsprechendes Info-Material.

Bücher:

Thule Seminar - Spinne im Netz der Neuen Rechten

Der Arbeitskreis "Neue Rechte" in Kassel hat eine Informationsschrift über das am Ort ansässige "Thule Seminar" erarbeitet.
Diese "geistige Wehrsportgruppe" unter Leitung von **Pierre Krebs** (gefördert mit



Steuergeldern durch das Bundesministerium Bildung u. Wissenschaft) ist ein wesentlicher Baustein im Spektrum rechter Ideologieverbreiter.
Selbstgestellte Aufgabe dieser Neuen Rechten ist es, NS-Ideologie zu entstauben, in neue Metaphern zu kleiden und damit wieder gesellschaftsfähig zu machen: " ...wenn kariert Mode ist, darf man kein Produkt mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussagen muß freilich der gleiche bleiben... In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation `Die sollen doch heimgehen´ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: `Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden.´ Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Zuhörer aber wird grundverschieden sein." (S. 8 a.a.O.)
Wie wichtig es ist, über diese klammheimlichen Aufweicher der Trennlinie zwischen faschistisch und konservativ, zu informieren, zeigt die wütende Reaktion von Krebs auf eine Teilveröffentlichung des Bändchens in der Kasseler "Stattzeitung" (S.3 a.a.O.).
Nicht verschwiegen werden soll auch, daß der Öko-Fond der Grünen einmal mehr die Unterstützung eines antifaschistischen Projektes ablehnte (S.4 a.a.O.).

Die Broschüre, fester Einband, Buchformat, ist erhältlich über:
AK "Neue Rechte" c/o Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel,
7,80 DM (einschl. Porto) bitte in bar, oder per Scheck

Lisa Böhne

Pädagogische Arbeit gegen Rechts

Der Bezirksverband Lüneburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat ein Arbeitsheft unter dem Titel "Gefahr von rechts" herausgegeben. Das Heftes dokumentiert eine im November 1990 durchgeführte Pädagogische Woche des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg.

Die Referate von Karen Schönwälder "Rechtsextremismus - ein dauerhaftes Phänomen", Rainer Fabian "Zum Problem des Rechtsextremismus in der Schule", Ute Osterkamp "Ausgrenzung der Ausgrenzer?" und Mechthild Jansen "Das Frauenbild der Republikaner" wird ergänzt durch Ergebnisse der Arbeitsgruppen (historische Wurzeln des neuen Rechtsextremismus, LehrerInnen und Gedenkstättenarbeit, Möglichkeiten pädagogischen Handelns gegen Rechtsextremismus, Rechtsextremismus in der Ex-DDR, Überleben nach Auschwitz, zur Aktualität von Euthanasie- und Eugenikdiskussion, das Frauenbild der Neuen Rechten).

Die 192seitige Broschüre ist zu beziehen über die HerausgeberInnen:

Herbert Rollwage, Osterjork 44a, 2155 Jork
Annegret Sloot, Ardestorfer Weg 5, 2150 Buxtehude.

ABONNIERT DEN RECHTEN RAND!

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Die zwölfte Ausgabe wird im Mai 1991 erscheinen. **DER RECHTE RAND** kann zum Preis von DM 16,- (sechs Exemplare) abonniert werden und kommt dann mit der Post ins Haus.

Es gibt zwei Möglichkeiten, den **RECHTEN RAND** zu bestellen:

- ☆ Durch Überweisung von DM 16,-(incl. Porto) auf das Postgirokonto Hannover 44 55 86 - 301 (BLZ 250 100 30)
- ☆ Durch schriftliche Bestellung an die Adresse der HerausgeberInnen: **Der Rechte Rand** • Postfach 1324 • 3000 Hannover 1 unter Beilegung von DM 16,- (incl. Porto) oder als Scheck.

Bitte in keinem Fall den Namen und die Lieferadresse vergessen!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift **DER RECHTE RAND** - Informationsdienst von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name: ____________

Anschrift: ____________

____

Unterschrift: ____________

❑ Ich habe DM 16,- (incl. Porto) Abogebühren überwiesen.

❑ DM 16,- (incl. Porto) als Scheck liegen bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift

____